

Kurt Imhof

Der dünne Firnis der Zivilisation

Krisen in der Öffentlichkeit und die Krise der Öffentlichkeit*

Kritik ist das Salz der Erde – seit der Aufklärung und den Revolutionen an der Schwelle der Moderne entbehren wir letzter sinnstiftender Gewissheiten hinsichtlich der Erklärung von Sachverhalten in der materialen Welt, der Begründung von Normen und Werten in der sozialen Welt und der Bedeutung von Emotionen in unserer subjektiven Welt. Aus einem religiösen Weltbild, in dem die Bezüge zum Wahren, zum Guten und zum Schönen noch im Gottesbegriff verankert waren, ist eine »dezentrierte« Welt entstanden. Diese Bezüge haben sich von Gott und voneinander abgelöst (Habermas 1984: 588f.). Vormoderne, religiöse Verbindungen zwischen diesen drei Bezügen und dem Göttlichen in Begriffen wie Schöpfung, Wunder, Schicksal, Fügung, Vorsehung, göttliche Strafen sowie Termini wie Seele, Talente (Gaben) und Sünden, die das Subjekt mit dem Göttlichen verbinden, stehen uns nur noch in der Intimsphäre¹ oder in religiösen Gemeinschaften zur Verfügung, um irdische Vorgänge zu interpretieren. Das ist der Preis der Säkularisierung. Damit werden transzendente Plausibilitäten für hiesige Phänomene obsolet. Wir haben nur noch die Plausibilitätsgehalte von Argumentationen und Gegenargumentationen, also Kritik.

Diese Plausibilität in der Moderne kann nicht anders als den Anspruch auf Rationalität erheben, und das bedeutet das Verbot, magische bzw. transzendente Kräfte in Anschlag zu bringen. In den funktional differenzierten Teilsystemen ebenso wie in der öffentlichen politischen Kommunikation unterstehen alle Sinnstiftungen dem Zwang dieser Plausibilität rationalen Typs, durch die beobachtete Regularitäten zumeist in Ursache-Wirkungszusammenhänge eingebettet werden, die immer bestreitbar sind. Für Max Weber war diese Einsicht der Grund für seine harte These von den »stahlharte(n) Gehäuse(n)« erstarrter Zweckrationalität – die kapitalistische Wirtschaft und die moderne Staatsanstalt – die beide den »Fachmenschen ohne Geist« und den »Genussmenschen ohne Herz« in sich gefangen halten würden (Weber 1973a: 379f.).

Von einem Ende der Geschichte bzw. von einer zweckrational erstarrten »legitimen Herrschaft« (Weber 1973b: 151-166) kann jedoch, wie wir wissen, keine Rede sein. Im

* Anmerkung der Redaktion: Zitatangaben in einfachen Klammern beziehen sich entweder auf *Die Krise der Öffentlichkeit* oder mit entsprechenden Autorennamen auf die Forumsbeiträge in diesem Heft.

1 In der Intimsphäre hält sich das Sinnstiftungspotenzial des Transzendentalen hartnäckig. Auch Paare die sich algorithmengesteuert in Onlinepartnerbörsen kennenlernen, rekurren bei der Begründung ihrer Beziehung auf ›Schicksal‹ um den beziehungsversichernden Gemeinsamkeitsglauben zu stärken.

Gegenteil: Anstelle des veränderungsresistenteren, weil in seinen Kernbeständen nicht widerlegbaren religiösen Denkens traten orientierungsstiftend Nationalismus und die Großideologien der Moderne, die – weil sie scheitern können – mit wesentlich kürzeren Halbwertszeiten Orientierung wie Erwartungssicherheit herstellen und soziale Ordnung legitimieren (Imhof 2006a: 15-108). Dies vollzieht sich in aller Öffentlichkeit in erster Linie in den krisenhaften Umbruchperioden. Dieser Vorgang ist, wie das Buch zeigt, in öffentlichkeitssoziologischer Perspektive bedingt theoriefähig. Bedingt deshalb, weil Umbrüche im sozialen Wandel Perioden erweiterter Kontingenz darstellen. Diese Kontingenz lässt sich jedoch erklären und in Grenzen ist auch die Kontingenzbandbreite beschreibbar, innerhalb der die De- und Re-Legitimierung sozialer Ordnung über Prozesse öffentlicher Kommunikation angestoßen werden.

Weil Kritik das ›moderne Salz‹ der Erde ist, kann nichts Besseres passieren als die Kritik, die sich von vier Kollegen und einer Kollegin auf ein Buch bezieht, das diesen Sachverhalt des Mangels letzter Gewissheiten zum Anlass nimmt, dem sozialen Wandel mit einer öffentlichkeitssoziologischen Heuristik gegenüberzutreten (Stefanie Averbek-Lietz, Bremen; Jasper W. Korte, Münster; Friedrich Krotz, Bremen; Christoph Neuberger, München; Tilmann Sutter, Bielefeld). Diese Heuristik interessiert sich dafür, wie Problematisierungen des Bestehenden – wie peripher diese in der funktional, stratifikatorisch und segmentär differenzierten Gesellschaft auch entstehen mögen – zu relevanten Problematisierungen anschwellen, mithin in der gesellschaftsweit beobachtbaren Medienarena so intensive Resonanz finden, dass die Inputschwellen des politischen Systems überwunden werden. Dadurch werden Problematisierungen im politischen System *und* in der medienvermittelten Kommunikation *und* in der zivilgesellschaftlichen Interaktionskommunikation stabilisiert und Ko-Orientierungs- und Entscheidungsfindungsprozesse ausgelöst, die in der Sprache des Rechts strukturbildend werden. Solche Cluster von Kommunikationsverdichtungen auf dieselben Probleme sozialer Ordnung sind über die Zeit diskontinuierlich verteilt und charakterisieren Wachstumskrisen. Denn im Maße der Intensität der Konflikte sinkt die Legitimität der sozialen Ordnung ebenso wie die Erwartungssicherheit hinsichtlich der Stabilität zukünftiger Entwicklung und damit die langfristige Investitionsbereitschaft. Demgegenüber sind Wachstumsperioden durch eine breitere Themenpluralität, einen vielfältigeren Resonanzwettbewerb und kürzere Themenkarrieren geprägt, und die Inhalte öffentlicher politischer Kommunikation werden vorwiegend durch die Binnenlogiken des politischen Systems bestimmt, das der beständigen Kontrolle öffentlicher Kommunikation ausgesetzt ist. Die Legitimität der sozialen Ordnung wie die Erwartungssicherheit sind in Wachstumsperioden im Wesentlichen gewährleistet, und das steigert die Investitionsbereitschaft also die ›Herstellung‹ von Zukunft.

Diese Fluidität öffentlicher Kommunikation verdankt sich ihren drei unverzichtbaren Leistungsfunktionen im demokratischen Rechtsstaat. Die Deliberationsfunktion, gleichsam der Entdeckungszusammenhang moderner Gesellschaft durch die – über Filterung und Verdichtung – relevante Themen konstituiert werden; die Kontroll- und Legitimationsfunktion gegenüber den Teilsystemen vorab dem politischen System; und die Integrationsfunktion, also die Selbstwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als Mitglied ei-

ner Gesellschaft, die ihre gemeinsamen Dinge demokratisch regeln. Ohne diese Integrationsfunktion ließe sich die Loyalitätsverpflichtung zum politischen Gemeinwesen nicht erzeugen, die bei Bürgerinnen und Bürgern nötig ist. Diese bilden, obwohl sie sich nicht kennen, eine Rechtsgemeinschaft, deren Beschlüsse auch von denjenigen anerkannt werden müssen, die die Meinung der Mehrheit nicht teilen (36-84; Peters 1993).

Für die Erfüllung dieser Leistungsfunktionen sind die Infrastrukturen, die Zugangs-offenheit und die Binnenlogiken der Medienarena wie der Geltungsbereich öffentlicher Kommunikation von Bedeutung. Deshalb müssen demokratische Gesellschaften den Strukturwandel der Öffentlichkeit reflektieren, wenn sie an der Metanorm der Moderne, der demokratischen Regulation so festhalten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht immer, aber doch im Großen und Ganzen davon ausgehen, dass sie die Mitautoren der Gesetze sind, denen sie sich selbst unterziehen (Habermas 1998: 93).

Nun sind krisenzentrierte Perspektiven keineswegs neu. Die Geschichtswissenschaft baut darauf ihre Periodisierungsdebatten und die handlungstheoretisch orientierten Sozialwissenschaften arbeiten auf Mikro- und Mesoebene in vielen Ansätzen mit Krisen von Institutionen, Organisationen, Beziehungen, Subjekten und Bewusstseinszuständen. Auf der Makroebene von Gesellschaften ist das Theorieangebot jedoch begrenzt (Prisching 1986). Hier kann die Öffentlichkeitssoziologie theoretisch und empirisch einen Unterschied machen.

Diese Perspektive bildet den einen Teil des Buches: Die Öffentlichkeit in Krisen. Wie wird der soziale Wandel durch das Agenda Building sozialer Probleme, durch öffentliche Konflikte und durch Rechtssetzungsprozesse bestimmt (I)?

Wenn dieser eine Teil plausible Erklärungen bietet, dann ist zwingend auch der Strukturwandel der Öffentlichkeit zu reflektieren (Imhof 2003: 401-418). Wenn die Öffentlichkeitssoziologie die These der Säkularisierung und die daran geknüpfte Kehrseite, den Zwang zu rationaler Plausibilität, ernst nimmt, dann kann sie auch hier einen Unterschied machen. Das Streben nach Berechenbarkeit alles Irdischen, nach Raisonement und Vernunft, das die Aufklärung kennzeichnete, ist ebenso *Folge wie Produkt* der Säkularisierung. Auch wenn, wie wir wissen, die Moderne in ihren totalitären Gesellschaftsmodellen durchaus hinter das strukturbildende Konzept der Vernunft regredieren kann, ist sie als Moderne dem Vernunftanspruch ausgeliefert. Da hatte Max Weber recht, die Kehrseite der Säkularisierung ist der Zwang zur Rationalität. Die Aufklärungsbewegung hat diesen Anspruch auf die Gesellschaft ausgedehnt.

Der in der Aufklärungsphilosophie enthaltene Bauplan der Moderne basiert auf der regulativen Idee, dass freie Kommunikation freier Bürger zum »logos«, also zu Vernunft und Lebenssinn führt. Diese Idee determiniert die Bürger- und Menschenrechte als Voraussetzung freien öffentlichen Raisonements, die Gewaltenteilung als Bedingung der Selbstkontrolle und der öffentlichen Kontrolle staatlicher Gewalten, einen durch die Verfassung domestizierten Rechtsstaat, der die Öffentlichkeit nicht überformen darf und auch die Qualitätsansprüche an das öffentliche Raisonement (Imhof 2006b: 109-184). Die Normen dieses Bauplans sind nun nicht nur im Durkheimschen Sinn »faites sociaux« und damit selbstverständliche Gegenstände sozialwissenschaftlicher Forschung, sondern Bestandteil der Säkularisierung, der die Moderne als Moderne kennzeichnet.

Deshalb sind diese Normen Maßstab der Gesellschaftsformation. Wer diese Normen als Voraussetzung theoretischen und empirischen Arbeitens nimmt, vertritt nicht nur einfach einen »normativen Ansatz« (der von meinen Rezensenten begrüßt aber auch bemerkt wurde) sondern bemisst diese Gesellschaftsformation an ihren Grundlagen und vertritt dadurch exakt die Position Webers im Werturteilsstreit (Weber 1988a). Auf dieser Basis bildet der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit den anderen Teil des Buches: Die Krise der Öffentlichkeit im Zuge zentraler Differenzierungsprozesse vor allem nach dem Kalten Krieg unter Einschluss der Kommerzialisierung der Medien und dem Scheitern ihrer Geschäftsmodelle. Wie verändert dieser neue Strukturwandel der Öffentlichkeit die Problematisierungen sozialer Ordnung, mithin die Auswahl, das ›Ranking‹ und die allgemeinverbindliche Lösung sozialer Probleme (II)?

Zuerst nun aber zu den Thesen und zur Kritik zur Öffentlichkeit bzw. zum diskontinuierlichen sozialen Wandel in öffentlichkeitssoziologischer Perspektive.

1 Öffentlichkeit in Krisen

Das Interesse für den Zerfall und die Karriere von Aufmerksamkeitskonzentrationen um Problematisierungen des Bestehenden reagiert zum einen auf das für die Soziologie zentrale Problem, dass die Subjekte der fortschrittsorientierten säkularen Moderne die knappe Ressource Orientierung und damit Erwartungssicherheit brauchen, um sich mit Aussicht auf Erfolg auf Handlungsketten einzulassen und Zukunft über Investitionen in allen Kapitalformen ›herzustellen‹. Zum anderen reagiert dieses Interesse auf die alte sozialwissenschaftliche Frage nach den Gründen der auffallend diskontinuierlichen, von tiefen Wachstumskrisen unterbrochenen Dynamik der modernen Gesellschaft.

Während die Konstitution und Erosion von Vertrauen oder Erwartungssicherheit ein genuin soziologisches Thema ist, sind Wachstumskrisen Thema der Wirtschaftswissenschaften, die Begriffe wie Erwartungssicherheit und Vertrauen in ihr Theoriegebäude inkorporiert haben und ökonomische Entwicklung immer stärker mit Erwartungsbildungsprozessen und daran geknüpfte Investitionen in Bezug setzen. Nimmt man beides zusammen, dann interessieren auf der Aggregatsebene von Gesellschaften der Aufbau und der Zerfall von Erwartungssicherheit und zwar gesellschaftsweit, und das kann nur im Medium öffentlicher Kommunikation stattfinden, um der Abfolge von Wachstumsperioden und Wachstumskrisen auf die Spur zu kommen. Dieser Spurensuche diente ein aufwendiges Forschungsprojekt, in dem von 1910 bis in die Gegenwart die wichtigsten »Kommunikationsereignisse« – gleichsam das Agenda Building über 100 Jahre – in Gestalt von Beiträgen zu denselben Themen in Leitmedien der Schweiz erfasst wurden (Imhof 2010: 97-120). Die Auswertung erbrachte das Resultat, dass sich der soziale Wandel im Licht der medienvermittelten Öffentlichkeit als Abfolge von Perioden intensiver Kommunikationsverdichtung auf dieselben Themen und Perioden der Kommunikationspluralisierung auf zahlreiche Themen unterscheidet und dass sich die dadurch gewonnene Periodisierung mit konventionellen Indikatoren ökonomischer Rezession bzw. Konjunktur (BSP, Arbeitslosenraten) und Phasen ›physischen‹ öffentlichen Protests in

Beziehung setzen lässt. Es zeigte sich also, dass die Perioden der Kommunikationsverdichtung mit den tiefen Krisen- und Umbruchphasen übereinstimmen (klassenantagonistische Krise ausgangs des Ersten Weltkrieges, Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, Umbruch am Ende des Zweiten Weltkriegs, Krise der 1970er Jahre, Umbruch nach dem Kalten Krieg, Krise der New Economy um die Jahrtausendwende und zweite Weltwirtschaftskrise ab 2008), während die Wachstumsperioden dazwischen durch Themenpluralismus und kürzere Themenkarrieren gekennzeichnet sind (160-213).

Blickt man noch etwas genauer hin, dann lassen sich Wachstumsperioden und Wachstumskrisen als Zeiten »routinierter« bzw. »aktiver Öffentlichkeit« differenzieren (vgl. Dahrendorfs passive und aktive Öffentlichkeit 1969). In Krisenphasen werden Probleme sozialer Ordnung in intensiver öffentlicher Auseinandersetzung dem politischen System aufgedrängt, während die Agenda des Politischen in den Perioden des Wachstums bzw. der Themenpluralität in einer routinierten Öffentlichkeit wesentlich stärker vom politischen System bestimmt werden.

Im Licht der Konflikttheorie lässt sich im Anschluss an die Unterscheidung von »Mehr-oder-Weniger« sowie »Entweder-oder-Konflikten« erkennen (Hirschmann 1994: 293-304), dass letztere die Krisenphasen kennzeichnen, während die »berechenbaren« Mehr-oder-Weniger-Konflikte die Wachstumsperioden charakterisieren. Diese Unterscheidung lässt sich anhand der Differenzsemantiken bestimmen, die sich in der öffentlichen Kommunikation durchsetzen. Die intensiven Kommunikationsverdichtungen in Krisenperioden sind regelhaft durch die Verknüpfung von »stratifikatorischen«, »segmentären«, »funktionalen« und »temporalen Differenzsemantiken« geprägt, d.h. die Konflikte konstituieren Cleavages »unten versus oben«, »zugehörig versus fremd«, »marktliche versus staatliche Regulation« und in temporaler Hinsicht erfolgt eine Politisierung der Geschichte bzw. eine Historisierung der Gegenwart, in der die aktuelle Krise von den Konfliktlagern auf der Folie ideologisch aufgeladener Interpretationen der Geschichte erklärt wird.

In akteurtheoretischer Perspektive zeigt sich, dass nicht-etablierte Akteure in Krisenperioden mit ihren Problematisierungen des Bestehenden deutlich bessere Resonanzchancen haben, während etablierte Akteure Resonanzvorteile in Wachstumsperioden genießen, und in der Perspektive der Charismatheorie sind die Chancen charismatischer Beziehungen – wie wir ohnehin seit Marxens »Bonapartismusthese« (Marx 1981; Scharf 1997: 98-123) und Webers Typus der »charismatischen Herrschaft« (Weber 1985, 1988a) wissen – in Krisenperioden markant erhöht (Imhof 2009: 29-50, 2011: 161-180).

Diese Unterscheidungen erlauben es, die Rolle der demokratienotwendigen Leistungsfunktionen öffentlicher Kommunikation zu diskutieren: Die Deliberationsfunktion medienvermittelter Öffentlichkeit, d.h. das Entdeckungsverfahren, der Resonanz- und Anerkennungswettbewerb der Problematisierungen sozialer Ordnung und die Konflikte um deren Lösung, ist insbesondere in Krisenperioden von ausschlaggebender Bedeutung für den sozialen Wandel; die Kontroll- und Legitimationsfunktion öffentlicher Kommunikation spielt vor allem in Perioden routinierter Öffentlichkeit und die Integrationsfunktion, d.h. die Selbstwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder einer Rechtsgemeinschaft gilt durchgehend. Freilich bilden sich im Modus aktiver Öffentlichkeit

lichkeit ausgeprägte Konfliktlager, durch die die Entwicklungskontingenz sprunghaft erhöht wird. In diesen Perioden haben wir es in wissenssoziologischer Perspektive mit einer Situation zu tun, in der die soziale Ordnung nicht mehr ›taken for granted‹ betrachtet wird, d.h. die Erwartungsunsicherheit steigt rasch an (Schütz/Luckmann 1984).

Schließlich lässt sich diese öffentlichkeitssoziologische Perspektive, die den sozialen Wandel als abhängige Variable öffentlicher Kommunikation analysiert, an die Tradition der soziologischen Anomietheorie anschließen: Eine Wachstumsperiode auf der Basis eines legitimen Gesellschaftsmodells weckt Erfolgserwartungen auf Status- und Prestigegewinne und fördert dadurch gleichgerichtetes Handeln. Man vertraut den Erwartungen und setzt diese Erwartungen über Investitionen in Zukunft um. Dabei wiederholt sich jedoch ein Phänomen, das jedem Handeln unausweichlich anhaftet: nicht beabsichtigte Effekte (Boudon 1980). Interessant sind solche nicht intendierte Effekte gleichgerichteten Handelns auf der Aggregatsebene von Gesellschaften: Wenn alle auf den Zehenspitzen stehen, sieht keiner mehr nach vorn. Wenn alle nach Bildung streben, weil Bildungszertifikate immer statusrelevanter werden, dann entwertet sich die Funktion des Bildungszertifikats auf dem Arbeitsmarkt laufend, und dies gilt ebenso für den Statusnutzen und den identitätsversichernden Gehalt von Bildungsabschlüssen, und wir dürfen nicht mehr aufhören, Bildungszertifikate zu erwerben, um mithalten zu können (stratifikatorische und funktionale Differenzierung). Selbst für Wachstumsgewinner bedeutet dies, dass wenn sie erreicht haben, was sie wollen, entspricht das Erreichte nicht mehr dem Gewollten. Rasche Wachstumsprozesse produzieren jedoch auch eine Fülle von Wachstumsverlierern: Ganze Branchen und Regionen (segmentäre Differenzierung) verlieren an Bedeutung, einst erworbene Fähigkeitskapitalien verlieren ihren Wert sowie Berufsgruppen ihren Status und die Betroffenen dieser relativen Deprivation sehen sich Wachstums- und Statusgewinnern gegenüber. Rasche Wachstumsperioden produzieren also Ungleichheitsspannungen (stratifikatorische Differenzierung), und selbst für die Wachstumsgewinner entwertet sich über die Zeit der funktionale Nutzen wie der Statusnutzen und damit der Wert von Handlungszielen (Siegenthaler 1993). In diesen Prozessen akkumulieren sich individuelle anomische Spannungen, die durch politische Akteure mit ihren Problematisierungen des Bestehenden bewirtschaftet werden können.

Auch bei Blasenbildungen handelt es sich um eine Wertvernichtung durch Überkonzentration von Aufmerksamkeit, Erwartungen und Risikokapital bezüglich Prestige- und Statusgewinnen. Solche Dynamiken führen sehr rasch zu dysfunktionalen Effekten, rascher Kapitalvernichtung, Verschuldung sowie Reputations-, Status- und Prestigeverlusten. Hierzu zählen die Blasen Ende der 1920er und der frühen 1930er Jahre, aber auch der New Economy, die um die Jahrtausendwende platzte und natürlich der Finanzwirtschafts-Bubble, der durch eine erwartungsgetriebene Deregulation in den 1990er Jahren entfesselt wurde und der in die zweite Weltwirtschaftskrise auch deshalb führte, weil der Wert von Finanzprodukten und Banken nicht mehr eingeschätzt werden konnte (Schranz/Eisenegger 2011: 241-258).

Diesen Prozessen der Erwartungsbildung und der Erwartungsenttäuschung ist gemeinsam, dass sich über die Zeit die Ungleichheitsrelationen spreizen und dass viele nicht so sein können, wie sie einst erwarteten sein zu können. Beides führt zur Zunahme

anomischer Spannungen (Durkheim 1990; Merton 1949). Diese anomischen Spannungen verbessern immer wieder die Opportunitätsstrukturen von sozialen Bewegungen und Protestparteien, die die soziale Ordnung erfolgreich problematisieren und dadurch individuelle Anomie politisieren, indem sie diese intrinsischen Spannungen sinnstiftend in einen extrinsischen Ursache-Wirkungszusammenhang einbetten. Dadurch verlieren die etablierten Akteure in Gestalt der Volksparteien aber auch in der Ökonomie an Reputation und Prestige. Die etablierten politischen Akteure werden gezwungen, sich mit den Problematisierungen des Bestehenden von Seiten der nicht- oder wenig etablierten Akteure auseinanderzusetzen. Diese grundsätzliche Veränderung des Agenda Building in der öffentlichen Kommunikation korreliert mit Polarisierungen über die Fragen der Krisenursachen und -lösungen sowie mit dem Zerfall der Reputation zentraler Akteure vorab der Teilsysteme Ökonomie und Politik. Dies lässt die Erwartungssicherheit schwinden.

Zusammengenommen lassen sich die Krisen in der Moderne als kontingenzerweiterte Perioden bestimmen, in denen innerhalb oder außerhalb der Verfassung neue Gesellschaftsmodelle entstehen können, die die bisherigen ablösen. Bestimmt man diese Gesellschaftsmodelle etwa anhand der Bandbreite der Partizipationsmodi politischer Systeme (Liberalismus/Pluralismus bis Autoritarismus/Totalitarismus bzw. freie bis vermachete Öffentlichkeit), der Regulationsdominanz (marktliche bis staatliche Regulation), der Integration (Inklusion versus Exklusion von Klassen und Minderheiten und Entstehung exklusiver Staatenbündnisse) und der Identitätsdefinition (kulturalistisch/demotisch versus ethnisch), dann lässt sich erkennen, dass die Krisenperioden gleichzeitig Umbrüche markieren, in denen bisherige Gesellschaftsmodelle im Krisenmodus aktiver Öffentlichkeit ihre Legitimation einbüßen und über intensive Konflikte neue Gesellschaftsmodelle entstehen. Der Hinweis auf die kriegsträchtige Varianz der Gesellschaftsmodelle, die in der Krise der 1930er entstanden sind, muss hier als Beispiel genügen (198-213, 269-283).

Nun hat diese öffentlichkeitssoziologisch ansetzende Konzeptualisierung sozialen Wandels in Abhängigkeit von Dynamiken öffentlicher Kommunikation wenig Kritik, dafür aber wohlwollendes Interesse gefunden. Christoph Neuberger begrüßt einerseits, dass die Effekte öffentlicher Kommunikation *auf* den sozialen Wandel (Krisen in der Öffentlichkeit) neben der Fragstellung der Krise der Öffentlichkeit im Gegensatz zur diesbezüglich geteilten aktuellen Literatur breiten Raum einnimmt sowie andererseits die Herleitung der Leistungsfunktionen öffentlicher Kommunikation (Deliberations-, Kontroll- und Legitimations-, Integrationsfunktion) als Basis des theoretischen Bezugsrahmens. Friedrich Krotz unterstützt dies ebenso wie die Konzeptualisierung der Öffentlichkeit als zentrales Medium demokratischer Selbststeuerung und konzidiert den Ertrag des Zugriffs auf die medienvermittelte Öffentlichkeit via »Massenmedien« zumindest bis zum Aufkommen computergestützter Kommunikation. Auch Jasper W. Korte geht einig mit der Adressierung der Öffentlichkeit als Medium der Selbstreferenz differenzierter Gesellschaften und entfaltet vor diesem Hintergrund im Anschluss an Giddens (1996) und zu meinen Ausführungen zur Funktion wissenschaftlicher Deutungsangebote zu Handen der Öffentlichkeit Einsichten in die öffentlichkeitskonstituierenden Effekte der

Sozialwissenschaften. Für Tilmann Sutter setzt die Theoriearbeit am richtigen Ausgangspunkt an, der fundamentalen Sinnbedürftigkeit der Moderne, und er kommt dann über seine Frage, ob Deliberation, Legitimation sowie Integration qua öffentliche Kommunikation als Problemlösungsformel für funktional differenzierte Gesellschaften noch taugte, auf postdemokratische Konsequenzen, die ich noch thematisieren werde. Stefanie Averbek-Lietz (259) geht – neben unserem gemeinsamen Interesse für die teilweise vergessene, aber nach wie vor aktuelle ›Makro-Innovativität‹ der Klassiker der Soziologie und der Zeitungsforschung (etwa in Bezug auf Medialisierung) – einig mit der grundsätzlichen Bedeutung »organisierte(r) und standardisierte(r) öffentliche(r) Medienkommunikation« als Arena für gesellschaftsweite relevante »Aufmerksamkeits- und Orientierungsprozesse« und für die Grundfrage »gesellschaftlicher Integration«.

Nichts spricht also dagegen an dieser Perspektive weiterzuarbeiten. Allerdings unter Berücksichtigung der kontroverseren Positionen zu meinen Ausführungen zur zweiten Fragestellung des Buches: der Krise der Öffentlichkeit selbst. Hier zwingen mich meine Rezensenten zu Erläuterungen zu vier zentralen Problemen und Aufgaben einer öffentlichkeitssoziologisch orientierten Sozialtheorie: Es handelt sich dabei um die Rolle der Netzkommunikation in der Konzeptualisierung von Öffentlichkeit; um die Bedeutung der Krise des Informationsjournalismus für die Demokratie; um die postdemokratische Frage, ob demokratische Regulation qua Deliberation, Legitimation und Integration noch funktioniert, und schließlich um die Frage nach der Funktion der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft.

2 Krise der Öffentlichkeit

Im Zentrum der demokratischen Gesellschaft steht die freie Öffentlichkeit. Sie definiert die Moderne und sie ist Kernelement aller Totalitarismustheorien (Arendt 1986). Entsprechend wichtig ist die Reflexion ihrer Leistungsfähigkeit im Licht der Grundnormen demokratischer Sozietät auch und gerade angesichts einer Medienentwicklung, in der die Netzkommunikation für die Konstitution von Öffentlichkeit theoretisch und empirisch berücksichtigt werden muss. Auf diese Lücke haben mich vier Rezensenten (Stefanie Averbek-Lietz, Friedrich Krotz, Christoph Neuberger, Tilmann Sutter) hingewiesen: Konzeptualisierung von Öffentlichkeit unter Einschluss der Netzmedien (2.1).

Dann gilt es, die diagnostizierten Effekte der Ausdifferenzierung eines kommerziellen Mediensystems und der Erosion der Einnahmen für den Journalismus so zu plausibilisieren, dass der Kritik am kulturpessimistischen Gestus in meinem Buch von zwei Rezensenten (Stefanie Averbek-Lietz, Christoph Neuberger) begegnet werden kann: Kommerzialisierung der Medien und Krise der Geschäftsmodelle (2.2).

Anschließend gilt es, den neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit insgesamt, d.h. unter Bezugnahme auf die wichtigsten Differenzierungsprozesse in der Spätmoderne (Globalisierung der Ökonomie, Transnationalisierung der Politik, Repräsentationsprobleme im Nationalstaat und der Ausdifferenzierung eines eigenlogischen Mediensystems) mit Blick auf die Schwächung demokratischer Regulierung zu skizzieren. Eine Di-

agnose, die Tilmann Sutter nutzt, um die Tauglichkeit der Problemlösungsformel demokratischer Regulation qua Deliberation, Legitimation und Integration aus systemtheoretischer Perspektive in Frage zu stellen und dabei zu postdemokratischen Schlüssen kommt. Dies führt wiederum zur Frage ob wir jenseits von (auch) fragilen Despotien überhaupt eine Alternative haben: Soziale Ordnung ohne Moral (2.3)?

Schließlich geht um die Funktion der Sozialwissenschaften in der Gesellschaft. Darauf brachte mich zum einen Jasper W. Korte und zum anderen der Eindruck einer verlorenen Balance zwischen der Mikro- und Mesoebene einerseits und der Makroebene andererseits: Sozialwissenschaftliche Selbstreflexion und vernachlässigte Makrobezüge (2.4).

2.1 Konzeptualisierung von Öffentlichkeit unter Einschluss der Netzmedien

Für die Zwecke der Sozialtheorie ist ein differenzierter Begriff von Öffentlichkeit notwendig, der nicht in konventionellen Medien aufgehen kann: Die Öffentlichkeit lässt sich heuristisch ertragreich nur als Netzwerk von Kommunikationsflüssen beschreiben, in die die zahlreichen Binnenarenen der funktional, stratifikatorisch und segmentär differenzierten Gesellschaft einbezogen sind und die in gesellschaftsweit beobachtbaren Medienarenen zusammenfließen. Öffentlichkeit vollzieht sich entsprechend auf den Ebenen der Interaktionskommunikation, der Versammlungskommunikation, der Netzkommunikation wie der medienvermittelten Kommunikation. Auf diesen Ebenen variieren die Publikums- und Kommunikatorrollen, die Strukturierung, die Professionalisierung und die Nachhaltigkeit öffentlicher Kommunikation (Gerhards 1994: 77-105). Damit sind die Informationsmedien, seit ihrer Entbettung von ihren Herkunftsinstitutionen und Organisationen, den Parteien, Kirchen, Verbänden und den in Eliten eingebetteten Verlegerdynastien, »nur« spezialisierte Organisationen eines Teilsystems. Sie stellen jedoch öffentliche Kommunikation auf Dauer und machen sie gesellschaftsweit beobachtbar. Insbesondere ermöglichen die Leitmedien einer Medienarena gesellschaftsrelevante Resonanz, indem sie Kommunikationsereignisse aus den Kommunikationsflüssen und Binnenarenen aufnehmen oder selbst auslösen. Mit der Ausdifferenzierung zunächst nationaler Öffentlichkeiten, später transnationaler Themenöffentlichkeiten entstehen nationale und national-transnationale Leitmedien wechselseitiger Beobachtung. Die medienvermittelte öffentliche Kommunikation ist dadurch gekennzeichnet, dass sie ausgesprochen selbstreferenziell und redundant ist, das heißt, sie bezieht sich selbst maßgeblich auf öffentliche Kommunikation und zwar unter Berücksichtigung von Betroffenheiten, definitionsmächtigen Akteuren, Nachrichtenwerten und Relevanzwahrnehmungen (Imhof/Kamber 2001: 425-453).

Gleichgültig also wie peripher eine Problematisierung des Bestehenden entsteht: die Strukturierung und Stabilisierung von Kommunikation durch Aufmerksamkeit ist die Bedingung demokratischer Selbststeuerung. Netzkommunikation ändert an diesem basalen Umstand nichts. Das Faktum, dass der Informationsjournalismus auf den Online-

newssites einerseits und die gemeinschaftlichen Kommunikationsflüsse in den Social Media andererseits wesentlich höher getaktet sind, ändert nichts daran, dass gesellschaftlich relevante Kommunikation Aufmerksamkeitsschwellen überschreiten muss, um politisch wirksam zu werden (Münch 1995). Während jedoch Aufmerksamkeitsstrukturen in gemeinschaftlichen Interaktionssituationen on- wie offline eine große Variabilität hinsichtlich ihrer Adaptionfähigkeit für Themen aufweisen, sind die Aufmerksamkeitsstrukturen auf Dauer gestellter gesellschaftlicher Kommunikation Produkt eines Selektionsprozesses, der nur bestimmten Kommunikationsereignissen eine Karriere ermöglicht. Kommunikation auf dem Aggregatsniveau von Gesellschaften ist auf breit anschlussfähiges lebensweltliches Wissen angewiesen, oder dieses muss über Lernprozesse aufwendig hergestellt werden. Beides beschränkt die Variabilität von Inhalten medienvermittelter Kommunikation und macht diese zu einem ausgezeichneten Feld der Gesellschaftsanalyse. Diese Kommunikation schafft Ko-Orientierung, erzwingt Anschlusskommunikation, stabilisiert thematische Fokussierungen und taktet gesellschaftsweite Wahrnehmung im Rhythmus von Themenentwicklungen sowie durchaus auch durch Erscheinungsweisen (85-98; Jarren 2001: 41-42, 2013).

Diese Dynamik öffentlicher Kommunikation rechtfertigt nicht nur den empirischen Rekurs auf die Arenen der Informationsmedien; viel mehr noch: er erzwingt ihn. Allein schon durch den Typ gesellschaftsweit rezipierbarer Kommunikationsereignisse unterliegt öffentliche Kommunikation Aufmerksamkeitsschwellen. Durch Filterung, Verdrängung und Verdichtung vollzieht sich in der öffentlichen Kommunikation eine Dynamik der semantische Anreicherung derjenigen Kommunikationsereignisse, die sich durchsetzen und gleichzeitig eine Komplexitätsreduktion durch die Reduktion der Zahl resonanter Kommunikationsereignisse. Beides gilt es, theoretisch und empirisch zu erfassen.

Gegenüber dieser dynamischen Perspektive einer dauernd fließenden, Filterungs-, Verdrängungs- und Verdichtungsprozessen ausgesetzten öffentlichen Kommunikation auf allen Ebenen und in allen Medien ist ein Teil der Kommunikationswissenschaft und Friedrich Krotz zählt zuvorderst dazu, der ›Newness‹ der ›New Media‹ erlegen. Die entsprechende Forschung ist durch Mythen des Netzes geprägt, sie vereinseitigt ihre Ressourcen auf Netzkommunikation vorab auf der Mikro- und Mesoebene der Social Networks und vernachlässigt die DNA der Kommunikationswissenschaft, die öffentliche Kommunikation als abhängige wie als unabhängige Variable sozialen Wandels zu fassen und beides mit Bezug auf die politische Regulation in der Demokratie zu analysieren. Dieser Reduktionismus lässt sich nicht begründen: Gegen jede empirische Evidenz faktischer Regulierung in demokratischen Gesellschaften stellt Krotz (279) die Frage, ob Öffentlichkeit »heute noch« massenmedial strukturiert sei, »und erst recht, ob sie das heute noch sein muss?« Deshalb seien »Bedingungen und Strukturen von Öffentlichkeit und Demokratie, aber auch von Staat und Verwaltung [...] durchaus neu zu bedenken« (280). Diese Aufforderung richtet sich gleich an die Kommunikationswissenschaft, die Soziologie und auch an die Politikwissenschaft, die sich noch mit Massenmedien beschäftigen würden, die ein »zunehmend veraltetes Politikverständnis und eine ziemliche Ignoranz gegenüber den nachwachsenden Generationen und deren Anliegen und Interessen« hätten. Vielmehr müssten die »veränderten Formen von Arbeit und Politik, Alltag und sozialen Bezie-

lungsmustern der Menschen auf der Basis des Wandels von Kommunikation ernst« genommen werden. Unbeeindruckt von der breiten Forschung zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen und (rechts-)populistischen Akteuren und deren neue Opportunitätsstrukturen (Rucht 2003: 4-11; Plasser/Ulram 2003: 21-344; Albertazzi 2008: 100-118; Koopmans/Muis 2009: 642-664; Udriș 2011) besteht Krotz (283) darauf, dass es »angesichts der heutigen Medienentwicklung (gelte,) auch Protestformen wie Wikileaks, die Snowdenschen Enthüllungen oder andere unkonventionelle Mittel der zivilgesellschaftlichen Einflussnahme nicht mehr einfach nur nach überkommenen Normen (zu) bewerten.«

In diesem Rundumschlag bleibt jedoch durchgängig offen, was diese neuen »Normen« oder was das neue Denken sein sollen. Krotz Auseinandersetzung mit meinem Buch, das Öffentlichkeit explizit als Prozess der Filterung und Verdichtung von Kommunikationsflüssen auch von der gesellschaftlichen Peripherie ins Zentrum begreift, legt es zu seiner Entsorgung in einer sehr breiten und tiefen Schulblade ab:

»Ebenso, wie die klassische Kommunikationswissenschaft mit ihren an den Massenmedien entwickelten Konzepten der motivationalen Nutzung, der kausalen Wirkung von Medieninhalten etc. heute nicht mehr weiterkommt, um die Bedeutung und Macht von Kommunikation als Prozess zu verstehen, müssen auch die übrigen Sozialwissenschaften (die Soziologie und die Politikwissenschaft insbesondere) ihr Wissen neu denken.« (284)

Wer mit solcher Verve ein neues Denken einfordert, müsste dieses zeigen, damit die Nachhut zur Avantgarde aufrücken kann. Nach der kühnen Behauptung, die Soziologie (wie die Politikwissenschaft und die Kommunikationswissenschaft) würde – trotz ihren Traditionen der Phänomenologie, des Pragmatismus, des symbolischen Interaktionismus, des Konstruktivismus und der kommunikationstheoretischen Wende – die Kommunikation immer noch »eingeschränkt begreifen«, münden seine Ausführungen erstaunlicherweise in die Aussage, dass »die Technik (der Netzmedien) alleine nichts ändert, sondern allenfalls Potenziale anbietet«. Mehr noch: Noch hätten das »Internet und die anderen computergestützten Medien wie das Smartphone etc. [...] keine dauerhafte Form gefunden«, es gebe »Bürokratien und Geheimdienste der mächtigsten Staaten der Weltgeschichte wie auch die größten und ertragreichsten Firmen der Wirtschaftsgeschichte«, die »diese Medien derzeit hegemonial normalisieren« würden (auch in: Krotz 2014). Diese Akteure würden danach streben die »zivilgesellschaftlich wichtigen Formen der Selbstverwirklichung an Konsum und Markenidentitäten zu binden und die demokratischen Formen einer Beteiligung und Deliberation entweder ins Harmlose umzuleiten oder mit Sanktionen zu bedrohen«. In dieser Argumentationslogik ist nun allerdings die Sozialwissenschaft vom Appell alles neu zu denken befreit und das Denken wird neu adressiert: »... die heutigen Konsumenten (müssen) wieder mehr zivilgesellschaftlich denken und Staat und Wirtschaft unter Druck setzen«. Mit dieser Forderung an die Konsumenten der Social Networks sind wir nun aber wieder bei der eigentlichen DNA der Kommunikationswissenschaft angekommen: wir müssen den Bedingungen und Formen von Aufmerksamkeitskonzentrationen nachzuspüren, ohne die ein »Druck« gleich auf »Staat und Wirtschaft« unmöglich ist.

Christoph Neuberger (291) ist sehr viel vorsichtiger in der Bewertung der Netzkommunikation mit Blick auf die politische Öffentlichkeit, meint aber doch »mit einiger Berechtigung« von einem »dritten Strukturwandel der Öffentlichkeit« sprechen zu können (auch in: Neuberger 2009). Er verweist gleichzeitig – und dies durchaus nicht in überflüssiger Weise – darauf hin, dass die »Debatte über das Internet [...] längst über utopische und dystopische Erwartungen hinausgelangt« sei. Er spricht von »ambivalenten Auswirkungen dieses ›neuesten‹ Öffentlichkeitswandels« und richtet seine Aufmerksamkeit dabei auf die dadurch bedingte Einschränkung des Journalismus in seiner Rolle als Gatekeeper.

Natürlich wird die Filterung und Verdichtung von Kommunikationsflüssen bis hin zu ihrer gesellschaftsweiten Sichtbarkeit durch die selbsterregungsfähige Netzkommunikation beeinflusst. Das sieht auch Tilmann Sutter so, der jedoch erfrischend klar darauf hinweist,

»dass a) die moderne Gesellschaft auf die massenmediale Verbreitung von Kommunikation angewiesen ist, b) ›interaktive‹ Formen neuer Medien diese Leistungen gerade nicht erbringen können, c) mithin eine wie auch immer geartete Ersetzung älterer Massenmedien durch neue Medien nur möglich wäre, wenn diese Leistungen massenmedialer Verbreitung von Kommunikation übernähmen und d) mithin eine Differenzierung, d.h. Ergänzung älterer Massenmedien durch neue Medien zu erwarten ist.« (302)

Dies hat auch Stefanie Averbek-Lietz im Auge, die die Netzkommunikation auf einer Ebene unterhalb der Massenmedien, d.h. unterhalb der Makroebene verortet und an meinem Buch die Vernachlässigung dieser Meso- (wie auch der Mikroebene) kritisiert auch wenn sie der Arbeit zugutehält, dass sie die Rolle zivilgesellschaftlicher Bewegungen bzw. von nicht-etablierten Akteuren hinsichtlich der Problematisierung des Bestehenden beachte. Auf dieser Meso- und Mikroebene gelte es nun, »Laienakteure mit spezifischer Expertise [...] z.B. bloggende FinanzmarktanalystInnen«, »onlinebasierte Öffentlichkeiten«, »Blogs oder Twitter« (256) zu berücksichtigen.

Der Einbezug der Kommunikationsflüsse in den Netzmedien unter Einschluss der Mikro- und Mesoebene ist eine berechtigte Forderung, wenn man den Bezug auf die Arenen der Informationsmedien mit im Blick behält. Sie würden jedoch mindestens ein weiteres Buch nötig machen. Die Frage ist daher, welchen Zugriff dieses haben müsste, wenn wir das gerade auch im ›Newness-Hype‹ vernachlässigte Interesse für die Dynamiken gesellschaftlicher Regulierung berücksichtigen wollen. Eine Vernachlässigung, die Stefanie Averbek-Lietz durchaus sieht. Ein solcher Zugriff dürfte jedoch gerade nicht isolierte Phänomene im Netz fokussieren, sondern sich vielmehr auf die Interdependenzen zwischen den Informationsmedien und den Social Media konzentrieren. Und hier sind empirische Einsichten in die einschlägige Scientific Community eingesickert, die in der Tat weder utopische noch dystopische Erwartungen zulassen, also ernüchtern und damit einen klareren Blick auf Forschungsfragen erlauben (Imhof 2014a):

Wenn von Social Media die Rede ist, dann geht es neben Social Networks wie Facebook, Google & Co. auch um die Blogosphäre. Hinsichtlich der Letzteren gilt es festzu-

halten, dass sie gleich doppelt schrumpft: Auf der einen Seite wird der überwiegende Teil der Blogs, insbesondere die persönlichen Online-Journale mit Berichten und Episoden aus dem Privatleben, von den umzäunten Gärten, den ›Walled Gardens‹ der großen Social Networks – allen voran Facebook – aufgesogen. Auch deshalb hat die Link-Dichte bei Blogs – also das zentrale Merkmal ihrer Diskursivitätspotenz – in Deutschland massiv abgenommen (Lobo 2012).

Auf der anderen Seite werden viele journalismusähnliche Blogs von den Online-newsites der gewichtigen Medienunternehmen eingebunden und in ihre Social-Media Strategie eingebaut, oder es entstehen, wie etwa die deutsche Huffington Post, pseudo-journalistische Plattformen, die von Mitgliedern des politischen Personals, Bloggern und freien Journalisten gratis mit Beiträgen gefüllt werden, die entweder der PR politischer und ökonomischer Akteure oder der Ich-PR der Verfasser dienen. In beiden Varianten werden Blogs zum Bestandteil der Informationsmedien. Damit wird im Netz das vorangetriebene, was früh zu einem zentralen Merkmal des Web 2.0 geworden ist: die Ausdünnung der Blogosphäre, vor allem aber die Verwandlung des Internets in kontrollierte Räume weniger Anbieter, die ihre Plattformen beliebig verändern oder Accounts sperren können (Leistert/Röhle 2011: 7-30).

Zwischen den Walled Gardens von Apple, Google, Facebook etc. einerseits, den Blogs auf den Onlinenewsites und den pseudojournalistischen Angeboten von Medienunternehmen andererseits, bleibt im Internet jenseits der Onlinenews-Angebote mit Blick auf politische Öffentlichkeit sowohl was das Angebot, als auch was die Nutzung betrifft wenig übrig. Allerdings ist der Forschungsstand dürftig. Immerhin lässt sich bezüglich politischer Kommunikation einiges festhalten: Nur etwa 3% der Blogs weisen in den USA politische Inhalte auf. Diese Zahl unterscheidet sich stark von der Bedeutung der Ressorts Politik und Wirtschaft bei den Informationsmedien, die nach wie vor die wichtigsten Ressorts sind, wenn wir von den Gratis- und Boulevardzeitungen on- und offline absehen. Klar ist, dass die politischen Blogs in der Tendenz radikale Positionen abbilden (Gil de Zúñiga et al. 2009: 553-574), sie sind meinungsorientiert und schwach hinsichtlich der Sachverhaltsdarstellung, sie reagieren sehr viel stärker auf Themen in den Informationsmedien als umgekehrt (Thimm/Berlinecke 2007: 81-101) und sie repräsentieren eine eher geringere bis gleiche Vielfalt an politischen Akteuren, Positionen und Framings im Vergleich zum Angebot der Informationsmedien (Rucht et al. 2008; Zimmermann 2006). Auch die Erwartung, dass in den Blogs eher alternative Akteure Resonanz erhalten, erfüllt sich nicht, wenn Suchmaschinen zur Selektion der wichtigsten Sites bei politisch relevanten Issues in Informationsmedien und Parlamenten eingesetzt werden (Gerhards/Schäfer 2007: 210-228). Damit erfüllt die geschrumpfte Blogosphäre – *noch* völlig unabhängig von den erreichten Publika, also ihrer Ko-Orientierungspotenz, und jenseits ihrer Trollproblematik – die Erwartungen in eine Sphäre partizipatorischer öffentlicher Kommunikation, die ohne intermediäre Akteure wie Parteien, NGOs, soziale Bewegungen, Protestparteien und Medien auskommt, nicht.

Gegenüber dieser bezüglich Angebot und Nutzung zersplitterten Blogosphäre sind die Social Networks außerordentlich groß, und sie sind zentral für die Verwandlung des

Internets in geschlossene Gärten. Hinsichtlich dieser Gärten gilt es, zuerst festzuhalten, dass diese Networks auf einer Netzarchitektur zwecks Data-Mining für zielgruppenorientiertes Marketing basieren. Das ist ihr Geschäftsmodell. Es funktioniert, weil Facebook & Co auf gemeinschaftlichen sozialen Beziehungen basieren. Gemeinschaften regulieren sich über die Reproduktion emotionaler Bindungen, In- und Outgroup-Differenzierungen, Gruppennormen (Gebhardt 2010: 327-339) und Selbstdarstellungen im Wettbewerb um Sozialkapital zwischen mehr oder weniger bekannten Mitgliedern. Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Interaktionsnetze genauso wie Offline-Beziehungsnetze zu Homogenität bezüglich Herkunft, sozialem Status und Berufspositionen tendieren. Die häufige Rede von ›Mikro-, Teil- oder Gegenöffentlichkeiten‹ in den Social Networks geht am Faktum der in ihnen vorherrschenden Gemeinschaftskommunikation im Unterschied zur unpersönlichen Kommunikation in der Öffentlichkeit ebenso vorbei, wie an der alten Einsicht, dass Gemeinschaften (und damit persönliche Beziehungen) aufgrund ihrer Homogenität Gesellschaft (und damit alle unpersönliche Beziehungen) nicht repräsentieren können (Tenbruck 1990: 227-250; Luhmann 1994; Schmidt 2000: 73-100).

Diese gemeinschaftliche, somit primär moralisch-emotional orientierte Kommunikation ist keine öffentliche Kommunikation, auch wenn sie sehr begrenzt öffentlich sichtbar ist, denn sie wird in ökonomischer Hinsicht privatisiert. Weil sich die Infrastruktur rechnen muss, wird die von den Nutzern laufend bewirtschaftete ›Allmend‹ gemeinschaftlichen Soziallebens durch die Besitzer der Walled Gardens kommerziell genutzt. Dabei wird das Internet über das Open Graph Protocol (Facebook) und Social Plugins – etwa dem ›Like-Button‹ – weit über die Social Networks hinaus kolonialisiert (Andrejevic 2011: 31-50). Diese Like-Economy metrifiziert das Interaktions-, Mobilitäts- und Konsumverhalten der Nutzer und schafft auf dieser Basis Nutzerpopulationen als rein statistische Episteme (Coté/Pybus 2011: 51-73; Gerlitz 2011: 101-122) und damit das Gegenteil von Publikum. Diese Episteme werden nun nicht nur für das zielgruppenorientierte Marketing als Lösung der Streuverluste flächendeckender Werbung genutzt, sondern sie führen die Mitglieder über vergangenheitsbasierte Such- und Like-Algorithmen in Konsum- und Erlebniswelten hinein, die ihnen systematisch Mehr vom Gleichen anbieten und dadurch die Homogenität von Lebensstilen innerhalb der Freundschaftsnetze verstärken. Die durch Algorithmen gesteuerten ›Bubble-Perceptions‹ der Social Networks sind aufgrund der Qualität der individuellen Daten noch viel umfassender als die bloß auf vergangenen Suchprozessen basierenden Bubbles, in die uns Suchmaschinen versetzen.

Die gemeinschaftliche Kommunikation im Netz ist wie jede gemeinschaftliche Kommunikation durch reduzierte Affektkontrollen gekennzeichnet. Die Kommunikationsinhalte fokussieren stark auf Konsumerlebnisse und die Links auf Beiträge in Informationsmedien beziehen sich zu nicht weniger als 72% auf Softnews (Imhof 2014a; fög 2014). Allfälligen politischen Aktivitäten sind enge Grenzen gesetzt. Weil Social Networks eine umfassend metrifizierte Infrastruktur für gemeinschaftliche Kommunikation in Peer-groups darstellen, können sie somit das nicht leisten, was die Aufklärung anzielte und was die Welterfahrung in der klassischen Moderne prägte: Die Befreiung der Bürger aus der Unmündigkeit ihrer partikulären Herkunftsbezüge, indem sich neben dieser ge-

meinschaftlichen Partikularität eine universalistische Öffentlichkeit entfaltet, die die Individuen laufend der Heterogenität von Kulturen, Normen, Werten und Ideen aussetzt (Kant 1912).

Trotzdem: Die Gemeinschaftssphären in Facebook sind Kommunikationsräume, und selbstverständlich können Social Networks im Sinne verschiedener Nutzungsökologien, wie Saskia Sassen betont (2011), politisch genutzt werden. Widerstands- und Protestbewegungen in vermachteten Gesellschaften *ohne* freie Öffentlichkeit nutzen Social Networks, um mit Hilfe von transnationalen 24/7 Channels weltweit Aufmerksamkeit zu erzielen. In nicht vermachteten Sozietäten werden Gemeinschaftssphären übergreifende Resonanzeffekte vor allem durch ressourcenstarke Akteure erzielt, die wie etwa Greenpeace gleichzeitig auf Viralität in den Social Media und auf Resonanz in Informationsmedien setzen. Und: Selbsterregungseffekte vorab qua Like-Button über die ego-zentrierten Peergroups hinaus sind möglich. Allerdings funktioniert dies nachhaltig nur im Zusammenspiel mit klassischen Informationsmedien. Innerhalb der Social Networks flauen Erregungswellen rasch ab, denn die im Rahmen der persönlichen Timelines punktualistischen Aufmerksamkeitsfokussierungen lassen sich nicht stabilisieren (Barringhorst et al. 2010).

Von Interesse hinsichtlich der Dynamiken der Aufmerksamkeitsakkumulation mit Bezug auf politische Regulierung in der Demokratie ist deshalb das Zusammenspiel von Social Networks *und* Informationsmedien bei Issue Publics, d.h. themenzentrierten Öffentlichkeiten. Dies macht es erforderlich, dass wir uns auf die Kommunikationsflüsse zwischen Informationsmedien und Social Media konzentrieren müssen. Eine auf Social Media begrenzte Perspektive reproduziert bloß alte Mythen. Was bedeutet das?

Es gilt die Unterschiede zwischen Social Media und Informationsmedien schärfer herausarbeiten:

Dazu zählt *erstens* die klassische Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft hinsichtlich der Kommunikationsformen und -inhalte. Das kann uns dann davon abhalten, von den Konsumenten der Walled Gardens zu fordern »mehr zivilgesellschaftlich [zu] denken und Staat und Wirtschaft unter Druck zu setzen« (Krotz: 281).

Zweitens gilt es die themenzentrierten Erregungen in den Social Media von der Flussöffentlichkeit einer auf Dauer gestellten Themenverdichtung und -auflösung in den Agenden der Informationsmedien zu differenzieren und die Wechselwirkungen zu beobachten, die alleine in der Lage sind Aufmerksamkeitskonzentrationen zu stabilisieren.

Drittens kommen wir ohne die Unterscheidung zwischen der rollengebundenen, unpersönlichen, einordnenden, kognitiv-normativen, affektkontrollierten, themenbegrenzten – eben gesellschaftlichen – Kommunikation in den Informationsmedien mit professionellen Qualitätsansprüchen einerseits und moralisch-emotionaler, idiosynkratischer und episodischer Kommunikation in den Netz-Communities andererseits nicht aus. Allein ›Öffentlichkeit‹ generiert überindividuelle Relevanzzuschreibung und setzt gleichzeitig gesellschaftsweit anschließbare Aufmerksamkeitsstrukturen voraus, die wiederum die Menge möglicher Kommunikationsereignisse reduzieren. Ohne Komplexitätsreduktion und ohne Aufmerksamkeitsfokussierung gibt es keine politische Kommunikation, die am Status quo etwas ändern könnte.

Viertens gilt es diese Unterscheidung von gemeinschaftlicher, persönlicher versus gesellschaftlicher, unpersönlicher Kommunikation mit Blick auf die Kategorie eines wachsenden netzaffinen Hybridjournalismus zu relativieren, der in Gratis- wie Boulevardmedien online und in allen BuzzFeed-Derivaten vorab moralisch-emotional grundierte Softnews für die virale Verbreitung bereitstellt. Dieser Hybridjournalismus erleichtert den Transfer von ›Shitstorms‹ aus Social Networks in die Informationsmedien bzw. von Skandalisierungen in den Informationsmedien in die Social Networks. Je stärker Online-Informationssites ihr Geschäftsmodell an viraler Verbreitung und mobilem Konsum orientieren, desto grösser ist ihr Anteil an Softnews (vgl. fög 2014).

Natürlich, das ist ein Makro-Blick und natürlich machen »bloggende Finanzmarkt-analystInnen« für entsprechende Kleinpublika einen Unterschied, aber dieser erhellt uns nicht die Prozesse gesellschaftsrelevanter Aufmerksamkeitsfokussierung. Hierzu müssen wir die Mikro- und Mesebene zwingend auf die Makroebene beziehen und die Theoriebildung hinsichtlich Kommunikationsflüsse und Aufmerksamkeitskonzentrationen vorantreiben.

2.2 Kommerzialisierung der Medien und Krise der Geschäftsmodelle

Wenn wir nun diese Makroebene anhand von langen Zeitreihen öffentlicher Kommunikation beobachten, fällt wie beim oben erwähnten Forschungsprojekt – das die wichtigsten Kommunikationsereignisse in Schweizer Zeitung über 100 Jahre erfasst hat – auf, dass sich die Logiken der Berichterstattung ab den 1980er Jahren verändern. Die Ursachen sind die Entbettung der Medien von ihren Herkunftsbezügen, die Genese eines kommerzialisierten Mediensystems und schließlich die Krise der Geschäftsmodelle durch den Abfluss der Werbeeinnahmen vorab zu Suchmaschinen, Onlinerubriken, Social Networks und branchenfremden Onlineportalen u.a. der Telekommunikationsindustrie. Die Prozesse der Entbettung und Kommerzialisierung vollzogen sich in der Schweiz wesentlich abrupter als etwa in Deutschland und Österreich. In der Schweiz bestimmten bis in die 1970er Jahre hinein die intermediär eingebetteten Parteizeitungen maßgeblich das Agenda Building der Medienarena, während die konzessionierten Presse der Nachkriegszeit in Deutschland und Österreich schon stärker ›entbettet‹ war (Lucht/Udris 2013). Nicht nur dieser Strukturwandel ist in der Schweiz besonders ausgeprägt. Auch die Krise der Geschäftsmodelle der Zeitungen im Zeitungsland Schweiz ist seit der Entfaltung der Netzkommunikation und der Werbeabflüsse schon aufgrund der kleinen Absatzräume innerhalb der Sprachregionen tiefschürfender als in Deutschland. Gravierend ist auch der Unterschied bei der Gratiskultur on- und offline durch die massive Verbreitung von Pendlerzeitungen ab 1999. Die Gratiszeitungen sind in kurzer Zeit die auflagestärksten Zeitungen geworden und bedrängen die Abonnementszeitungen hinsichtlich Nutzung bzw. Kaufeinnahmen und Werbeeinnahmen massiv. Im Gegensatz zur Situation in der Schweiz und Österreich haben die Verleger in Deutschland die Gratiszeitungen weitgehend verhindert und damit auch deren äußerst erfolgreichen Angebote online (fög 2013: 35-80).

Der Hinweis auf diese Differenzen sind Fragen und Einwänden der zwei Rezensenten Stefanie Averbek-Lietz und Christoph Neuberger geschuldet, die in meinen Ausführungen zu Konzentrationsprozessen, Qualitätsverlusten, Nutzungsveränderungen, neuen Opportunitätsspielräumen für politische Akteure in der medienvermittelter Kommunikation einen kulturpessimistischen Zug oder gar die Beschwörung eines früheren ›goldenen Zeitalters‹ ausmachen. Nun sind Sozialwissenschaftler bei aller vergleichender Forschung zur Entbettung und Kommerzialisierung des Medienwesens und zur Krise der Geschäftsmodelle im Informationsjournalismus vorab durch die Erfahrungen in ihrem primären ›Forschungsland‹ geprägt. Deshalb ist es angebracht, die jüngste Entwicklungsdynamik in der Schweiz – gleichsam als Zukunft in der Gegenwart für Deutschland – anhand einiger Forschungsergebnisse des Jahrbuches »Qualität der Medien – Schweiz Suisse Svizzera« (fög 2012, 2013, 2014) zu beleuchten. Diesen Zugriff mache ich in struktureller und inhaltlicher Hinsicht am Maßstab der seit der Aufklärung zentralen Norm des »Universalismus«, der heute zumeist unter dem Terminus »Vielfalt« (Angebote, Themen, Akteure, Meinungen) zu den professionellen Normen des Journalismus zählt, fest.

Um einen ersten Eindruck zu gewinnen, lässt sich ›Vielfalt‹ empirisch am einfachsten anhand der Angleichung des Themenspektrums maximal unterschiedlicher Informationsmedien zeigen: Vergleicht man die zehn wichtigsten Themen, über die innerhalb eines Jahres am meisten in der Boulevardzeitung »Blick« (sehr ähnlich zu »Bild«), dem »Tages-Anzeiger« (vergleichbar mit der »Süddeutschen«) und in der »Neuen Zürcher Zeitung« (vergleichbar mit der FAZ aber mit stärkerer weltanschaulicher Linie) berichtet wurde, dann zeigt sich, dass die Themenvielfalt von 1980 bis 2013 um 25% abnahm. Diese thematische Konvergenz in der größten Boulevardzeitung, in der größten regionalen Forumszeitung und in der größten überregionalen Zeitung seit dem Beginn der 1980er Jahre vollzog sich über Wachstumskrisen und Wachstumsperioden hinweg. Dies bedeutet, dass die Selbstreferenz medienvermittelter Kommunikation auf medienvermittelte Inhalte um ein Viertel zugenommen hat.

Weil nun die Welt wie die Schweiz seit Beginn der 1980er Jahre und dann nach dem Ende des Kalten Krieges kaum um ein Viertel einfacher geworden ist, muss die Ursache für die geschwundene Vielfalt bei der strukturellen Einbettung der Medien gesucht werden, die uns täglich diese Welt vermitteln. Und weil dieser Effekt seit den 1980er Jahren zu beobachten ist, kann der Grund wachsender Einfalt nicht ausschließlich in der jüngsten Entwicklung, der Krise der Geschäftsmodelle kommerzialisierter Medien liegen. Es zeigt sich, dass sich in einem kommerzialisierten Mediensystem Vielfalt reduziert, weil Reichweite zentral wird und über Synergiestrategien verstärkt sich gleichzeitig der Konzentrationsprozess.

In struktureller Hinsicht ist Geschwindigkeit wie das Ausmaß dieses Konzentrationsprozesses ohne Beispiel in der Schweizer Geschichte, nachdem bereits die 1980er und 1990er Jahre durch den Aufkauf vieler Verlage und ein intensives Zeitungssterben gekennzeichnet waren. Vor allem im letzten Jahrzehnt beschleunigte sich der Prozess nochmals. Die drei großen Verlage »Tamedia«, »Ringier« und die »NZZ-Gruppe«, die bereits 2001 in der deutschen Schweiz einen Marktanteil von 47% unter den regionalen und überregionalen Zeitungen aggregierten, beherrschen 2013 den Printmarkt mit 84%. In

der französischen Schweiz kontrolliert allein Tamedia nicht weniger als 68% der regionalen und überregionalen Printmedien. Dieser Vielfaltsverlust an eigenständigen Verlagen, Redaktionen und Zeitungen (minus 26% bei den regionalen Abonnementszeitungen zwischen 2001 und 2013) ging einher mit der Ausdehnung von Mantel- und Kopfblattsystemen, also der Publikation gleicher Inhalte. Nur noch wenige Kantone verfügen über zwei unabhängige Zeitungen, die das politische, wirtschaftliche und kulturelle Geschehen in der ausgeprägt föderalistisch segmentierten Schweiz vermitteln, einige Kantone haben überhaupt keine unabhängige Zeitung mehr. Nun wird dieser Vielfaltsaderlass in der Weltbeobachtung durch die Onlinenewssites keineswegs wettgemacht. In diesem Markt ist in der Schweiz (wie überall) die Konzentration noch wesentlich höher als im Print, d.h. die Titelzahl der mit Zeitungen vergleichbar verbreiteten Onlineangebote ist 40% tiefer als im Zeitungsmarkt (fög 2013: 35-80). Nur die großen Player im Print können sich Online durchsetzen und stoßen hier auf branchenfremde Onlineportale wie etwa bluewin.ch (Swisscom) oder msn.ch (Microsoft Advertising Schweiz). Selbst wenn man diese agenturabhängigen Newsangebote von branchenfremden Anbietern nicht berücksichtigt, haben wir es seit der Jahrtausendwende auf Kosten vorab der Abonnementszeitungen außerdem mit einem Quantensprung in der Verbreitung qualitätsniedriger Medienangebote zu tun (Gratisangebote on- und offline), deren Softnewsanteil bis zu 70% erreicht und die bezüglich Hardnews ebenfalls stark vom Agenturticker abhängen. Der Strom gleichförmiger Inhalte des Human Interest on- und offline steht also gleichen Agenturnachrichten zur Seite. Eine Flucht in den privaten Rundfunk nützt nichts: Auch hier bestimmen Softnews und Agenturen die Nachrichtensendungen (fög 2012: 155-250). Nur schon im Print hat sich durch die Gratiszeitungen der Boulevardjournalismus seit der Jahrtausendwende verdoppelt. In kurzer Zeit ist der Mainstreamjournalismus in der Schweiz Boulevardjournalismus geworden, während dieser noch bis zur Jahrtausendwende eine klar definierte Nische bildete. Das bedeutet, wir haben es in der Schweiz aufgrund der Gratiskultur mit einer Negativspirale zu tun, die durch die an Reichweite geknüpften Werbeeinnahmen getrieben wird und die qualitätsniedrigsten Angebote des Informationsjournalismus am meisten profitieren lässt. Schaut man auf die Gesamtsumme der Werbeeinnahmen der 47 größten Zeitungen der Schweiz, dann erzielen aufgrund der Reichweite die drei größten Gratiszeitungen ein knappes Drittel dieser Einnahmen, während die 44 Kaufzeitungen die verbliebenen Mittel unter sich aufteilen müssen.

Durch diese Verschiebungen der Marktmacht und der Reichweiten in der Medienarena, die sich in kurzer Zeit vollzog, verändert sich die öffentliche Kommunikation grundlegend. Neben der Dominanz von Human Interest und Sport führte dies in politischer Hinsicht zu einer moralisch-emotionalen Bewirtschaftung von singulären Fällen im Kontext der Ausländer- und Jugendkriminalität, des Strafvollzugs, des Asylwesens, des Straßenverkehrs (Raserdebatte bezüglich ausländischer Jugendlicher) und des Sozialhilfemissbrauchs, die über die qualitätsniedrigen Medien auf die Agenda des Informationsjournalismus insgesamt durchschlagen (Imhof 2014b; Eisenegger/Ettinger 2012; Udris 2012). Weil Politik in diesen am weitesten verbreiteten Print- und Onlineangeboten auf diejenigen Kommunikationsereignisse mit dem größten Empörungsbewirtschaft-

tungspotenzial komprimiert wird, sehen sich auch Abonnementszeitungen und das öffentliche Fernsehen gezwungen, diesen Kommunikationsereignissen Resonanz zu verschaffen. In innenpolitischer Hinsicht werden also die klassischen Leitmedien durch qualitätsniedrige Gratis- und Boulevardmedien on- und offline auch hinsichtlich des Agenda Setting bedrängt. Dies wird durch die Verlinkungshäufigkeit in Social Networks unterstützt. Politische Berichte mit guten Verlinkungschancen im Netz beziehen sich auf eben diese Hypes (fög 2014).

Dieser Medienpopulismus produziert neben einer Themen- und Inhaltsangleichung anhand singulärer Fälle eine gleichgerichtete Skandalisierung, zu der ein dankbarer politischer Populismus breitwillig Quotes liefern kann. Die Dominanz solcher Hypes in der Medienarena wird durch die kontinuierlichen Einordnungsverluste des Informationsjournalismus, die sich bei der Abonnements- und Gratispresse wie bei den Onlineangeboten des Boulevards und bei den Gratiszeitungen messen lassen, begünstigt (fög 2013: 35-80). Auf Kosten von Ursache-Wirkungszusammenhängen und der Einbettung singulärer Fälle in ihre soziale Kontexte werden die News als News isoliert; dies erschwert die Debatte darüber, ob wir es über Betroffenheit und Empörung im Einzelfall hinaus tatsächlich mit Problemen sozialer Ordnung zu tun haben, die politische und rechtliche Maßnahmen erfordern.

Als erste Ursache anschwellender Einfalt lässt sich also die rasche Kommerzialisierung des Informationsjournalismus ausmachen, die uns vor allem seit den 1980er Jahren – auch mit der Dualisierung im Rundfunkbereich – mehr vom Gleichen beschert. Schwindende Vielfalt verdanken wir also bereits der Ablösung des intermediär eingebetteten Angebotsmarktes im Medienwesen, in dem ökonomische Ertragsersparungen zweitrangig sind, durch einen Informationsmarkt mit primären Ertragsersparungen. Durch Skaleneffekte befeuert dieser Newsmarkt den Konzentrationsprozess.

Während dieses Geschäftsmodell in den 1990er Jahren ertragreich funktionierte, zeigten die Krise der New Economy und die Weltwirtschaftskrise seine Fragilität. Die Zerrüttung der alten Ehe von Publizistik und Werbung durch Suchmaschinen, Onlinerubriken und Social Networks markieren nicht nur in der Schweiz seine grundsätzliche Erosion des Geschäftsmodells im Informationsjournalismus. Dies ist die zweite Ursache für den Vielfaltsverlust: Der Abfluss von Werbeeinnahmen zu neuen Akteuren, der Preiszerfall für Werbung im Netz und das Abschmelzen der Käuferträge bei Abonnements wie im Zeitungs- und Zeitschriftenhandel führten und führen zu Sparrunden, Entlassungen, Zusammenlegungen von Redaktionen, zur Industrialisierung der Newsproduktion bzw. zur Einebnung des Dossier- und Ressortjournalismus in Newsrooms, zum Abbau von Korrespondentennetzen und damit zur stärkeren Abhängigkeit von Agenturen sowie zu reichweitenorientiertem Klickratenjournalismus mitsamt einem gesteigerten Aktualitätsdruck (fög 2013: 35-80). All dies bedeutet mehr Einfalt, eine Einfalt die sich freilich auch in der Selbstkannibalisierung der Branche manifestierte, die durch Gratisangebote im Zeichen kurzfristiger Gewinnerwartungen das Preisbewusstsein für Journalismus bei den Konsumenten zerstörte.

Solche Strukturwandelwirkungen sind nicht folgenlos. Konkret bedeutet dies, dass sich die Kommunikationsflüsse, die Kommunikationsverdichtungen mithin die Aufmerksam-

keitskonzentrationen mitsamt der Agenda des politischen Systems und das politische Raisonement verändern. Wenn wir das wiederum am Maßstab des Universalismus messen wollen, dann können wir in der halb direkten Demokratie der Schweiz Korrelationen zwischen der Resonanz politischer Akteure und Themen und der Annahme von Verfassungsinitiativen, die universalistische Grund- und Menschenrechte einschränken, herstellen. Das Initiativrecht in der Schweiz besteht seit 1891. Bis 2004 wurde nur 1893 eine einzige Initiative, die Grundrechte verletzt (Religionsfreiheit), angenommen, die Volksinitiative gegen das Schächten von Tieren. Der entsprechende Verfassungsartikel ist längst wieder aufgehoben. Innert kürzester Zeit sind nun aber in der Schweiz 2004 mit der »Verwahrungssinitiative« von Sexualstraftätern, der »Unverjährbarkeitsinitiative« von Sexualstraftaten 2008, der »Minarettinitiative« 2009 (Ettinger 2010), der »Ausschaffungsinitiative« 2010 (Eisenegger et al. 2011) und mit der »Pädophilieninitiative« 2014 fünf Initiativen angenommen worden, die den in der Schweizerischen Bundesverfassung wie in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerten Grund- und Menschenrechten widersprechen. In Vorbereitung ist nun eine Initiative, die das Asylwesen aushöhlen will und eine andere, die darauf zielt, das »Landesrecht« über internationales Recht zu stellen, d.h. es handelt sich um eine Initiative, die die Menschenrechtskonvention grundsätzlich tangiert. Hinter alle diesen Initiativen steht – teilweise nicht allein – die nun stimmenstärkste und reichste rechtspopulistische Partei in Westeuropa, die Schweizerische Volkspartei (SVP), deren Wachstum exakt mit dem Kommerzialisierungsschub in den 1990er Jahren begann. Wenn man Resonanzkorrelationen herstellt, dann erzielt diese Partei sowohl über ihre Protagonisten als auch als Partei mit Abstand am meisten Resonanz und wenn man die resonanzreichsten innenpolitischen Kommunikationsereignisse auf politische Akteure zurückführt, dann haben wir es erneut mit dieser Partei zu tun.

Die Kommerzialisierung der Medien und die Krise der Geschäftsmodelle haben in der Schweiz die Opportunitätsstrukturen für Protestparteien grundsätzlich verändert. Gegenüber den herkömmlichen Parteien konnte die SVP über die auf Dauer gestellte Bewirtschaftung des Spannungskreuzes »Volk« versus »classe politique« und »Volk« gegen alles »Fremde«, durch medienwirksame Aktionsformen unter Einschluss von öffentlichen Aufmärschen, flächendeckenden, bewusst provokativen Plakatkampagnen, Internetspielen (etwa um Minarette abzuschießen), maximierter Konfliktstilisierung und ausgeprägter Personalisierung breite Anschlusskommunikation in der Medienarena auslösen und die politische Agenda mit den nachhaltigsten, politischen Kommunikationsereignissen bestimmen. Es sind diejenigen, die auch in den Social Networks und in den Kommentarspalten auf Onlinenewssites am meisten Resonanz erzielen (Skenderovic 2007: 155-176; Udriš/Imhof/Ettinger 2011: 377-407; Vatter 2011).

Innert verhältnismäßig kurzer Zeit haben sich also in der Schweiz sowohl die Deliberations-, die Kontroll- und Legitimations- wie die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation verändert. Auf der Basis eines einordnungsschwachen, ausgeprägt episodischen, moralisch-emotionalen Journalismus bei den nutzungsstärksten Informationsangeboten on- und offline ist auch die politische Auseinandersetzung moralisch-emotional eingefärbt worden, die klassische kognitiv-normative, also sachlich-professionelle Berichterstattung zieht sich auf Medien (Abonnementzeitungen, öffent-

lich-rechtlicher Rundfunk) zurück, deren Nutzung und Werbeeinnahmen erodieren. Diese Stratifikation des journalistischen Angebots nach unten zeigt sich in den Nutzungsverlusten der Informationssendungen des öffentlichen Rundfunks, bei den überregionalen Zeitungen mit Qualitätsanspruch und bei den regionalen Abonnementszeitungen und verläuft konsequent zugunsten der qualitätsschwachen Gratisangebote on- wie offline und den Boulevardangeboten online. Dieser Abschichtung entspricht auch eine Segmentierung des Publikums gemäß Alterskohorten (fög 2013: 35-80). Eine Demokratie, die etwas auf sich hält – und erst recht eine direkte Demokratie – kann sich eine solche Entwicklung nicht leisten. Hier ist die Vermutung des Kulturpessimismus falsch. Es handelt sich um eine messbare dysfunktionale Negativspirale der Kommunikationsflüsse in einer Demokratie.

Wenn Stefanie Averbeck-Lietz (259) meine Ausführungen, die die Zielgruppenorientierung, die Abschichtung und Segmentierung von Angebot wie Nutzung mitsamt der Veränderung der Kommunikationsflüsse und der Aufmerksamkeitskonzentrationen zum Problem erklären, mit der Bemerkung kontert, dass die Perspektive eines bloß »kulturkonsumierenden Publikums [...] [a]us einer rezeptionsorientierten Perspektive der Kommunikationsforschung, die nicht nur von aktiv selektierenden, sondern auch von aktiv an öffentlicher Kommunikation teilhabenden Menschen ausgeht [...] nicht haltbar« sei, dann bin ich am kommunikationswissenschaftlichen Nachweis interessiert, der zeigt, dass aus einem schlechten Angebot im Informationsjournalismus auf Seiten der Nutzer qua Selektion und aktiver Partizipation Gold wird. Ich bin kein Spezialist für Populärkultur, kann also den aktiven »Nutzernutzen« der »grandiosen Sendung ›Dschungelkamp« (Krotz: 280) auf Seiten des Publikums nicht beurteilen, aber beim Informationskonsum spricht die Evidenz deutlich gegen den Mythos eines sich selbst diskursiv bereichernden Publikums. Im Aggregat können die Nutzer politische Berichterstattung in ihrem raschen Alltagskonsum nicht mit Differenzierungen anreichern, sie können episodische Artikel in Stellvertretung des Journalismus nicht in Kontexte einordnen und sie können moralisch-emotionale Beiträge nicht in kognitive Sachverhaltsdarstellungen umwandeln. All dies würde eine zeitintensive Auseinandersetzung mit einem aktuellen politischen Thema voraussetzen, und dies müssten wir wiederum am ergänzenden Medienkonsum vorab von Bezahlmedien messen können, die sich an tradierten Qualitätsnormen des Informationsjournalismus orientieren. Genau diese Medien leiden aber an den größten Nutzungsverlusten. Entsprechend zeigen die »aktiv teilhabenden Menschen« gemessen an der Qualität der Nutzerkommentare bei den Onlineangeboten zu resonanzreichen politischen Themen und an dem großen Anteil von Kommentaren, die allein schon aus rechtlichen Gründen (Rassismusstrafnorm, Ehrenrührigkeit) nicht veröffentlicht werden können, gemessen aber auch am Typ der Beiträge mit hoher Verlinkungsrate in Social Networks zu diesen Themen und an der Zahl von Likes zu Hasskommentaren großmehrheitlich das Gegenteil argumentativer Partizipation. Vor allem aber wird die Wahrnehmung gesellschaftlicher Relevanz durch konsonante Themenbewirtschaftung der Medien maßgeblich determiniert. Wenn sich die Opportunitätsstrukturen für Akteure bzw. ihre Resonanzchancen ändern, wenn die Erregungslogik in der Medienarena durch Reichweite und qualitätsniedrige Informationsangebote beeinflusst wird,

dann ändert sich der Agenda Building-Prozess in der Medienarena mit Auswirkungen auf die Agenda des politischen Systems.

Nun ist die Schweiz hinsichtlich des Strukturwandels und auch hinsichtlich der Wechselwirkungen, die wir zwischen öffentlicher Kommunikation und den viermal jährlich stattfindenden Abstimmungen in der direkten Demokratie beobachten können, natürlich nur ein – allerdings ein interessanter – empirischer Fall. Christoph Neuberger (290) macht zu Recht auf den ausgeprägten Mangel an Längsschnittstudien in der Kommunikationswissenschaft aufmerksam und meint, dass »[v]iele der gängigen Annahmen über den Medien- und Öffentlichkeitswandel [...] jedoch keineswegs so gut *empirisch abgesichert* [sind], wie es den Anschein hat.« Das ist richtig und zu beklagen. Es ist das Produkt der Ressourcenverzettlung innerhalb der Kommunikationswissenschaft auf modische Themen, wie auch die fast ausschließliche Honorierung *synchron vergleichender* Journalismusforschung durch Forschungsförderungsinstitutionen und das Peer Reviewing. Aufwendige diachrone Analysen, die wir vor allem brauchen, werden zu wenig eingegeben, gefördert und honoriert. Diejenigen die trotzdem gemacht werden, beziehen sich auf kurze Zeiträume, ähnliche Medientypen und spezifische Berichterstattungsgenres (vorab Europaberichterstattung in Zeitungen mit Qualitätsanspruch) oder einzelne Sendungen (vorab TV-Nachrichten). Deshalb stützt sich die medienpolitisch relevante Debatte über gleichförmige Themenbewirtschaftung, journalistische Logiken und Skandalisierungen in Deutschland stark auf einzelne Kommunikationsereignisse wie die Wulff-, die Brüderle- und die Sarazzin-Debatten und die Kommunikationswissenschaft ist nicht in der Lage, diese Kommunikationsverdichtungen auf allen Kanälen zeitreihenanalytisch in einen Kontext des Wandels von Berichterstattungsformen und -inhalten in Bezug zu setzen, weil die Bezugsgrößen fehlen.

Auch wenn die Situation besser wäre, und auch da ist Christoph Neuberger zuzustimmen, ist die Frage offen, wie spezifische Entwicklungen bewertet werden sollen. Die Zunahme von Skandalisierungen etwa, die man auch in Deutschland messen und interpretieren kann (Kepplinger 1996: 41–58; Hondrich 2002) ist in der Tat nicht per se eine Verfallerscheinung, zumal Skandalisierungswellen seit der französischen Revolution zu Umbrüchen gehören. Die Zunahme gleichgerichteter Skandalisierungen über alle Kanäle ohne politisch-publizistische Konflikte und die verstärkte Fokussierung auf moralische Defizite von Personen auf Kosten von Strukturfragen hingegen schon (Imhof 2002: 73–98, 2013: 69–92).

Die Bewertung der verbesserten Resonanzchancen für nicht etablierte Akteure mit ihren medienattraktiven Aktionsformen in kommerzialisierten Mediensystemen ist ebenfalls differenziert zu diskutieren. Freilich gilt es dabei zu bedenken, dass auch hier ressourcenstarke Akteure bevorteilt sind, dass die traditionellen Volksparteien auch gezwungen sind ihre Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren (Mazzoleni 2008: 49–64) und dass plakative Formen der politischen Selbstdarstellung zunehmen.

Schließlich setzt Christoph Neuberger mit Blick auf die Qualitätseinbußen des Informationsjournalismus institutionensoziologisch auf die Bewahrungskräfte im Journalismus etwa im Verbot der Schleichwerbung, der Trennung von redaktionellem Teil und Werbung, auf journalistische Rollenverständnisse und Qualitätsnormen als Barrieren ge-

gen die Ökonomisierung. Außerdem bringt er mit Blick auf die Auflösung der Redaktionsorganisationen den Terminus der Mehrsystemrelevanz in Anschlag, der die Erosion des Ressort- oder Dossierjournalismus in Newsrooms neu konnotiert. Nun ist aber die Profession des Journalismus im Vergleich zu anderen Berufskulturen schon aus historischen Gründen schwach institutionalisiert, die Binnenregulierungen haben zumeist keinen bindenden Charakter, sie sind stark auslegungsbedürftig und der Organisationsgrad des Journalismus ist tief. Die nur wenig beanstandete Expansion des Native Advertising, die die Trennung von redaktionellem Teil und Werbung direkt unterläuft, der schwache Widerstand gegen die Industrialisierung der Newsproduktion sowie die ständigen Sparrunden und nicht zuletzt der Brain Drain aus dem Journalismus in Richtung PR zeugen eher nicht von einer widerständigen und stolzen Berufskultur, sondern vielmehr (und verständlicherweise) von einer tief verunsicherten Profession. Zusätzlich leiden die Standards des Journalismus darunter, dass die Medienkritik in den Medien ein weiter schwindendes Schattendasein führt (Wyss et al. 2012). Schließlich zur Mehrsystemrelevanz: Eigentlich ist diese Mehrsystemrelevanz eine alte Forderung an den Kommentarjournalismus, und dieser wiederum hängt innerhalb der Berufskultur von einem aus Anciennität und Erfahrung in Dossiers abgeleiteten Prestige ab. Mehrsystemrelevanz in der Berichterstattung per se, die nicht auf einschlägigen Erfahrungen aus Beobachtungen von Teilsystemen beruht, kann gegenüber einer Laienperspektive keinen journalistischen Mehrwert schaffen. Das weiß Christoph Neuberger alles, das ist mir klar, aber wo bleibt der Biss der Journalismusforschung ausgerechnet in der Krise ihres Gegenstandsbereichs?

2.3 Soziale Ordnung ohne Moral?

Nun besteht aber der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit keineswegs nur aus der Ausdifferenzierung eines kommerzialisierten Mediensystems und der Krise der Geschäftsmodelle, sondern er beerbt und entwickelt die Tradition der Medienkritik durch die Berücksichtigung weiterer Differenzierungsprozesse in der Spätmoderne (Imhof 2014a: 108-148 inkl. Literatur). In den Sozialwissenschaften breit verankert, verfügen wir über zwei wirkmächtige Traditionen der Öffentlichkeitskritik: Die Kritik an der Überformung der Öffentlichkeit durch den Staat, der sich dieser durch die Kontrolle der Öffentlichkeit entziehen kann und die Kritik an der Privatisierung der Öffentlichkeit. Diese Tradition richtet sich von Anfang an gegen eine Kommerzialisierung der Öffentlichkeit durch organisierte Privatinteressen, die die öffentliche Meinung durch Definitionsmacht bestimmen können, und sie richtet sich auch gegen die Durchdringung öffentlicher Kommunikation durch das Private und Partikuläre.

Beide Traditionen verweisen darauf, dass sich die Öffentlichkeit, wie das die Aufklärung vorsah, *zwischen* der Privatsphäre der Bürger und dem Staat entfalten muss, um dem zu dienen, was alle etwas angeht. Dies setzt voraus, dass die Öffentlichkeit weder mit den Mitteln der Staatsgewalt erstickt, noch durch Privatinteressen dominiert wird, und es setzt die Deckungsgleichheit politischer Geltungsbereiche (Nation, föderale Gebietseinheiten) mit medial erschlossenen Räumen voraus, damit demokratische Selbstregulation

funktionieren kann. Diese bezieht sich auf territorial definierte Geltungsbereiche eines Rechtsstaats oder auf transnationale Rechtsräume, deren legitime Regulation zwingend Öffentlichkeit voraussetzt.

Eine aktuelle Öffentlichkeitskritik hat beide Traditionen zu beerben. Sie muss aber zusätzlich feststellen, dass die Transnationalisierung der Politik schwach legitimierte, aber mächtige politische Institutionen jenseits des Nationalstaats hervorgebracht hat, ohne dass die politische Öffentlichkeit nachgewachsen wäre; dass der Kommodifizierungsdruck der ökonomischen Globalisierung die demokratische Regulation der Volkswirtschaften und der Sozialpartnerschaft einschränkt; dass sich der Souverän fragmentiert und dass die Kommerzialisierung des Medienwesens und die Krise des Informationsjournalismus die Aufmerksamkeitslandschaften zugunsten des Partikulären und Privaten verändert haben. Diese vier Entwicklungen kennzeichnen den neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit insgesamt:

Transnationalisierung der Politik: Vor allem seit dem Beginn der 1990er Jahre formieren sich in Gestalt einer transnationalen Mehrebenenpolitik in stratifikatorischer Differenzierung politische Machtzentren oberhalb des Nationalstaats. Weil dadurch der Nationalstaat an Souveränität verliert, entwertet sich die nach wie vor im Wesentlichen nationalstaatlich begrenzte politische Öffentlichkeit allein schon durch die Folgenlosigkeit politischer Debatten über supranationale Entscheide. Die demokratische Legitimation mächtiger transnationaler politischer Institutionen durch europäische Plebiszite und Wahlen und eine erst dadurch entstehende stabile transnationale Öffentlichkeit ist ausgeblieben. Das Resultat ist eine reduzierte Demokratie, die nun in der Krise der europäischen Integration auch aktiv die Souveränität von Nationalstaaten beschränkt. Diese Thematik wird insbesondere von Seiten der Soziologie unter dem Stichwort europäische Öffentlichkeitsforschung bearbeitet (Übersicht in: Tréfás/Lucht 2010).

Globalisierung der Ökonomie: Mit Bezug auf die funktionale Differenzierung werden ebenfalls seit Beginn der 1990er Jahre in einem Beschleunigungsschub die zuvor ›volkswirtschaftlich‹ und währungspolitisch verknüpften Handlungssysteme Politik und Ökonomie im Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung entflochten (Deregulierung der Ökonomie von der Politik). Weil die nationale Politik im Steuer- und Standortwettbewerb an Regulationspotenz auch hinsichtlich der (Volks-)Wirtschaft einbüßt, verliert die politische Öffentlichkeit zusätzlich an Bedeutung. Zudem schafft nun die Globalisierungskrise Sachzwänge, die die demokratische Selbstregulierung aushebeln.

Abschichtung und Fragmentierung des Souveräns: Mit Bezug auf die segmentäre und die stratifikatorische Differenzierung sind die modernen Zentrumsgesellschaften auch seit Beginn der 1990er Jahre einer starken Abschichtung (Zunahme der Ungleichheit), einer durch Immigration verursachte Fragmentierung und einem beschleunigten Zerfall traditioneller Milieu- und Parteibindungen ausgesetzt. Durch die Abschichtung und Fragmentierung der Wohnbevölkerung und durch die steigende Zahl von sporadischen und Wechselwählern vergrößert sich der Anteil derer, die an der politischen Auseinandersetzung inklusive Wahlen nicht oder nur sporadisch partizipieren. Dadurch ergeben sich Legitimitäts- und Repräsentationsdefizite der politischen Institutionen und eine erhöhte Volatilität der politischen Macht.

Diese Differenzierungen werden nun ergänzt durch das, was wir bereits kennen und was auch in der Mediatisierungs- oder Medialisierungsforschung vorab in der Kommunikationswissenschaft, aber auch in Soziologie und Politikwissenschaft behandelt wird.

Ausdifferenzierung eines Mediensystems und Krise der Geschäftsmodelle: Wiederum mit Bezug auf eine funktionale Differenzierung haben wir es schon seit den 1980er Jahren mit einer verstärkten Ausdifferenzierung der Medien aus ihren Herkunftskontexten in Politik, Religion und bei sozial eingebetteten Verlegerfamilien zu tun. Dadurch ergab sich ein intensiver Konzentrationsprozess im Medienwesen und die Medienunternehmen orientierten sich an Zielgruppen sowie primär am kommerziellen Erfolg. Dieser Prozess wurde durch die Dualisierung des Rundfunks in öffentliche und private Radio- und Fernsehveranstalter verstärkt. Durch diese Kommerzialisierung veränderte sich die Publikumsadressierung der Medien: Der Staatsbürger wird durch Medienkonsumenten ersetzt, und dadurch haben wir es mit neuen Aufmerksamkeitslandschaften zu tun, weil sich die Auswahl, die Interpretation und die Darstellung von Nachrichten mit Blick auf Publika verändert haben. Die Medienunternehmen testen untere Grenzen der Akzeptanz von Medienprodukten aus, und der Informationsjournalismus erleidet entweder durch Renditeoptimierungen oder durch die Krise der Geschäftsmodelle Qualitätseinbußen.

Unter Bezugnahme auf die Metanormen der Moderne diagnostiziert der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit also ein Bedeutungsverlust öffentlicher Kommunikation und demokratischer Regulation durch die Verschiebung von politischen Entscheidungen im Prozess der Transnationalisierung, er rekurriert auf exogene kommodifizierende Kräfte im Steuer- und Standortwettbewerb im Zuge der Globalisierung, auf Repräsentationsprobleme innerhalb des Nationalstaats und auf Qualitätsverluste wie Abschichtungs- und Segmentierungseffekte bei Angebot und Nutzung des Informationsjournalismus. Dabei gilt es, zu beachten, dass sich diese Beschränkungen der Demokratie wechselseitig negativ beeinflussen: So verstärkt die Abschichtung und Segmentierung von Angebot und Nutzung der Medien die Fragmentierung der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem orientieren sich die Medienunternehmen nicht mehr an den historisch gewachsenen föderalen Einheiten demokratischer Regulation, sondern primär an werbeträchtigen Ballungsräumen.

Diese Berücksichtigung der zentralen gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse vor allem seit den 1990er Jahren zur Definition des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit stieß nicht auf grundsätzliche Kritik, dafür aber führte die von den Rezensenten mehr oder weniger geteilte Diagnostik zu grundsätzlichen Zweifeln bei Tilmann Sutter, ob die Leistungsfunktionen der Öffentlichkeit, also Deliberation, Legitimation und Integration als Formel gesellschaftlicher Regulation im Rechtsstaat überhaupt noch funktioniere. Damit spricht Tilmann Sutter die Frage nach dem Ende der Formation Moderne gelassen aus. Informiert ist seine Perspektive durch die radikalkonstruktivistische Systemtheorie, die übergeordnete, politische Regulierung der Gesellschaft auf der Basis ihrer Prämisse der primären funktionalen Differenzierung als Vergangenheit in der Gegenwart analysiert und daher Regulation zukünftig ausschließlich als moralfreie Binnenregulation funktional differenzierter Teilsystemen betrachtet.

Insbesondere diejenigen Systemtheoretiker, die sich mit dem Mediensystem beschäftigen, werden theorieimmanent zu dieser postdemokratischen Frage hin getrieben (vgl. auch Marcinkowski 2002: 110-121), die anderen konzentrieren sich bereits jetzt nur auf autopoietische Regulationsprozesse innerhalb von Teilsystemen. Faktisch würde das heißen, dass die Versuche der transnationalen politischen Regulation etwa der Finanzwirtschaft, der Steuerflucht oder der Klimaproblematik ebenso wie das Vorhaben, dem Europäischen Parlament über Deliberation, Legitimation und Integration mehr Repräsentativität zu verschaffen, obsolet sind. Gegen die Eigendynamik einer unerbittlich vorschreitenden funktionalen Differenzierung würden solche Bestrebungen nicht ankommen. Diese Perspektive setzt auch voraus, dass etwa die am Scheitern der WTO-Verhandlungen und auch anhand der Schwierigkeiten des EU-Integrationsprozesses manifest gewordene Re-Nationalisierung (wie die alte Modernisierungstheorie) als regressive Symptome eines Übergangsprozesses zu verstehen wären, der final zu moralfrei binneregulierten Teilsystemen führt, die in loser ›struktureller Koppelung‹ bloß noch aufeinander reagieren. Weil auch das Recht als autopoietisches Teilsystem betrachtet wird (und nicht etwa als Sprache, in die die Problematisierung bestehender Zustände übersetzt werden kann), müssen in dieser Perspektive die moralischen Fragen des guten Lebens aus dem Gesellschaftssystem extrahiert und den Individuen bzw. den psychischen Systemen aufgebürdet werden. Während etwa das Mediensystem die Moral erfolgsorientiert zum bloßen Geschäft macht, deliberieren die Individuen folgenlos über immer moralisch begründete Problematisierungen des Bestehenden, weil sich alle Teilsysteme autopoietisch regulieren. Die eigenlogischen Teilsysteme sind in der Perspektive der Systemtheorie blind gegenüber Moral.

Mit Bezug auf das Mediensystem lassen sich in dieser Perspektive deshalb ›realistischerweise‹ nur noch Leistungen erwarten, die den Zwängen seiner »Erfolgsorientierung« gehorchen: » ... nicht Aufklärung und Information, sondern Einschaltquoten und Formatierung (Inszenierungsstrategien)«. Entsprechend diagnostiziert Tilmann Sutter (298):

»Zwar können gesellschaftliche Prozesse jederzeit Moralisierungen unterworfen werden – und in der öffentlichen Kommunikation geschieht dies laufend – aber die gesellschaftlichen Teilbereiche selbst sind moralfrei organisiert. Moral liegt gewissermaßen quer zu den gesellschaftlichen Teilsystemen, d.h., die Teilsysteme können sich der moralischen Kommunikation bedienen, ohne aber im Modus moralischen Kommunizierens zu operieren (vgl. Luhmann 1989: 434).«

Vor diesem Hintergrund wird die moralisch-emotionale Aufladung der öffentlichen Kommunikation auf Kosten ihrer kognitiven Prägung zu einem Symptom der Ausdifferenzierung von Moral aus der Gesellschaft, weil die Medienkonsumenten vermehrt Moral kaufen, mit der sie ihre psychischen Systeme strukturieren und auf operativer Ebene folgenlos kommunizieren.

Weil nun alle Fragen des Richtigen, Gerechten und Legitimen an moralische Überzeugungen geknüpft sind und weil der soziale Wandel vor allem in den Krisenperioden durch die Adressierung des als falsch, ungerecht und als illegitim Wahrgenommenen

vorangetrieben wird, hat noch kein radikalkonstruktivistischer Systemtheoretiker die diagnostizierte Fundamentaltransformation einer über Deliberation, Legitimation und Integration regulierten sozialen Ordnung in moralfreie, autopoietisch regulierte Teilsysteme der Nachmoderne durchkonjugiert. Tilmann Sutter löst das Problem einer vermuteten Transformation über seine Diagnose der Dysfunktionalität deliberativer Öffentlichkeit am Beispiel der Auseinandersetzungen um »Stuttgart 21« (mit Bezug auf die Schlichtungsgespräche im Modus der Versammlungskommunikation unter Heiner Geissler). Indem die Organisationen des Mediensystems nach einer anfänglich unkommentierten Übertragung dieser Verhandlungen, diese bald durch ihre Inszenierungslogiken überformt hätten, um sie auf unterhaltsame Weise zuzuschneiden und zu personalisieren, hätten sie dazu beigetragen, die Intention der Gespräche, einen Konsens zu verhindern. Auch das politische System hätte mit den Schlichtungsgesprächen nichts anfangen können, ein Kompromiss sei nicht möglich gewesen und die Politik hätte deshalb über eine Befragung der Bürger »brüchige« Legitimation beschaffen müssen. Vor dem Hintergrund der unerbittlichen funktionalen Ausdifferenzierung würden sich deshalb deliberative Öffentlichkeiten von einem Mechanismus der Problemlösung in einen solchen der »Problemerzeugung« verwandeln. Kurz: »Öffentlichkeitsbeteiligung schafft neue Probleme«. In dieser Perspektive wiederholt sich die Geschichte: Genauso dachten der Adel, die Patrizier und die Vertreter des aufgeklärten Absolutismus in der Vormoderne. Diese Akteure werden nun durch eigenlogische Teilsysteme abgelöst, die die ihnen systemfremde Öffentlichkeit wieder abwickeln.

Dieser Ansatz hat den Vorteil, und das ist das Verdienst der radikalkonstruktivistischen Systemtheorie, die Grundfragen sozialer Ordnung zu stellen und die sozialwissenschaftliche Theoriearbeit darauf zu verpflichten. Selbstverständlich kann man Einwände gegen diese Perspektive erheben: Demokratische Regulation war immer schon schwierig, der Konflikt »Stuttgart 21« konnte im Vergleich zu anderen Konflikten (Entspannungspolitik, Atomenergie, Raketenstationierung in Deutschland) noch verhältnismäßig rasch eingegrenzt werden, und Mehrheitsentscheide müssen Prozesse der Deliberation immer abschließen. Es ist eine Überforderung des demokratischen Regulationsmodus von ihm zu erwarten, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse jeterwelcher Art – und zuletzt diejenigen, bei der die öffentliche Kommunikation die Inputschwellen des politischen Systems überwindet (Peters 1993, 2002: 23-35) – mit einem Konsens enden. Solche Prozesse finden ihren Abschluss dann in legitimen Mehrheitsentscheiden (die über die Zeit wiederum revidierbar sind), wenn die politischen Institutionen von einem Legitimitätsglauben zehren, die ihnen nur eine Öffentlichkeit verschaffen kann, die nicht von politischen oder ökonomischen Imperativen durchwirkt ist und in der deshalb die Leistungsfunktionen der Deliberation, der Kritik und Legitimation und der Integration spielen.

Wenn wir uns dagegen eine soziale Ordnung vorstellen wollen, die ausschließlich durch die Systemimperative der Teilsysteme generiert würde und gerade deshalb die Fragen des guten Lebens ergebnislosen Moralerregungen der Individuen überantwortete, dann könnten die Subjekte dieser Nachmoderne dies nur mit einem re-zentrierten religionsanalogen Weltbild ertragen. Ein Weltbild, das wieder transzendenten Heu-

ristiken wie Schicksal und Fügung zur Verfügung stellt, um die durch die Systemimperative erzwungenen, unveränderbaren Fährnisse individuellen wie kollektiven Lebens sinnstiftend zu erklären. Wenn nur das Sedativ einer Re-Zentrierung eine ausschließlich durch die eigenlogische Erfolgsorientierung der Teilsysteme bestimmte soziale Ordnung ohne moralische Ansprüche stabilisieren kann, dann sollten wir uns noch einmal um Deliberation, Legitimation und Integration kümmern.

Wenn wir also um die Regulationsformel einer freien Öffentlichkeit mit Deliberation, Legitimation und Integration nicht herumkommen, dann lesen sich die Re-Nationalisierungstendenzen auch im alten Europa nicht als Regression, sondern als Widerstand gegen Demokratieverluste. Es gelang nicht, die demokratische Regulation transnationaler Probleme im Rahmen einer europäischen Öffentlichkeit über die Grenzen des Nationalstaats hinaus zu etablieren. Gerade die technokratische und damit durchaus eigenlogische Akkumulation politischer Macht jenseits der nationalen Gebieteinheiten in der die Demokratie, wenn sie in der Moderne funktionierte, beschert uns die aktuellen Legitimationsprobleme der Europäischen Integration. Diese Schwierigkeiten lassen sich durch eine nur durch öffentliche Kommunikation denkbare Zivilgesellschaft und durch die Politik lösen, indem über transnationale Plebiszite eine europäische Öffentlichkeit mitsamt europäischen Partiefamilien konstituiert werden. Allerdings bedeutet dies auch auf europäischer wie nationaler Ebene diejenigen medienpolitischen Maßnahmen zu ergreifen, die für die Leistungsfunktionen öffentlicher Kommunikation unabdingbar sind. Europa hat bereits die Tradition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks u.a. als Benchmark für professionellen Informationsjournalismus. Die grundsätzliche Krise der Geschäftsmodelle des kommerziellen Mediensystems bildet nun die Gelegenheit über staatsferne Stiftungen, die etwa über Werbesteuern finanziert werden, diesen Informationsjournalismus zu stabilisieren. Die demokratische und deshalb reflexive Moderne lebt nur durch Arenen der Kommunikation, die von allen beobachtet werden können.

2.4 Sozialwissenschaftliche Selbstreflexion und vernachlässigte Makroebene

Solchen Fragen geht Jasper W. Korte nicht nach. Ihn interessiert es, die Selbstreflexion der Sozialwissenschaften zu befördern und er lässt sich durch meine Ausführungen zur Transformation wissenschaftlichen Wissens in die öffentliche Kommunikation inspirieren. Im Rahmen meines Buches beschäftigten mich auch die Funktionen von Wissenschaft, Religion und Kunst in der modernen Gesellschaft (214-267). Dies drängt sich deshalb auf, weil diese drei Sphären exakt auf das Wahre, das Gute und das Schöne fixiert sind, d.h. auf die dezentrierten Bezüge des vormodernen religiösen Weltbildes. Es handelt sich deshalb um Handlungssphären vereinseitigter Rationalität gegenüber einer öffentlichen politischen Kommunikation, die sich themenzentriert stets und gleichzeitig mit Ursache Wirkungseffekte der objektiven Welt *und* mit legitimen Normen und Werten der sozialen Welt *und* mit Betroffenheiten der subjektiven Welt auseinandersetzen muss.

Die Gutachten der Wissenschaft oder die öffentlichen Interventionen aus allen drei dieser Sphären schaffen Spannungspotenziale in der reflexiven Moderne. Wenn wir uns dies etwa anhand der ›Boatpeople‹ in Europa im Zuge der dramatischen Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer vergegenwärtigen, dann liefert uns die Migrationsforschung Ursache-Wirkungsketten, Bewegungen zwischen Herkunfts- und Zielländern, belastbares Zahlenmaterial über die Probleme der Umsetzung der Schengen-Dublin-Verträge bis hin zum Zusammenzug von ›prozessproduzierten Daten‹ von Flüchtlingselekt und -tod in diachroner Perspektive. Die durch Religionskrieg und Aufklärung ›entdogmatisierten‹ religiösen Großdenominationen ermahnen uns gleichzeitig auf der Basis der Unverfügbarkeit des Lebens und der Würde aller Menschen zu Normen des richtigen Lebens. In der Kunst findet der Ertrinkungstod im Süden Europas Betroffenheit schaffenden Ausdruck subjektiver Betroffenheit in Form von künstlerischen Expressionen. Freilich könnte nur eine anhaltende, auch zivilgesellschaftlich getriebene Kommunikationsverdichtung auf europäischer Ebene hier zu politischen Maßnahmen führen, die diese humanitäre Katastrophe nicht bloß managt, sondern angeht. Die Beiträge aller drei nicht national segmentierter Sphären könnten dann einen Unterschied machen. Gleichwie: Wissenschaft hat öffentliche Wirkung, und mit Blick auf den Öffentlichkeitsbegriff und die Tradition der Öffentlichkeitskritik konstituiert sie auch das, was sie erforscht. Indem die Sozialwissenschaften den Öffentlichkeitsbegriff der Aufklärungsphilosophie weiterentwickelt und dem Strukturwandel angepasst haben, tragen sie natürlich in institutionensoziologischer Perspektive zu einer Pfadabhängigkeit der Moderne bei. Mit anderen Worten: Auch dank den Sozialwissenschaften ist Öffentlichkeit das demokratietheoretische und -praktische Problem der Moderne.

Dies gibt nun der spezifisch sozial- und geisteswissenschaftlichen Problematik der doppelten Hermeneutik ihre Bedeutung: Wir sind nicht nur Bestandteil dessen, was wir etwa an sozialen Handlungen und daraus hervorgehenden Strukturen erforschen, wir konstituieren auch unseren Forschungsgegenstand. Dabei gilt es jedoch Unterschiede zu ziehen, die Jasper W. Korte verwischt. Seine informierten Ausführungen zur angewandten Meinungsforschung zeigen, dass diese durch ihre Praxis soziale Tatsachen schafft, weil vorab das politische Personal davon ausgeht, dass das, was die Meinungsforschung mittels Fragen, Methodologie und Methoden rhythmisch produziert, die öffentliche Meinung sei, und ihr Handeln danach ausrichten. Durch die Anerkennung der angewandten Meinungsforschung kommt diese öffentliche Meinung als soziale Tatsache auf die Welt. Das ist richtig, allerdings nicht neu. Die sozialwissenschaftlichen Debatten um den Begriff der ›öffentlichen Meinung‹ mit Bezug auf das, was die Meinungsforschung produziert, sind zahllos und innerhalb der Sozialwissenschaften ist es deshalb gar nicht ›come il faux‹ in diesem Zusammenhang von ›öffentlicher Meinung‹ zu sprechen, das gehört vielmehr zum Geschäftsmodell der Meinungsforschungsinstitute. Nun überzieht jedoch Jasper W. Korte (273) sein Argument, wenn er uns in Analogie zur sozialen Tatsache ›öffentliche Meinung‹ der Meinungsforschungsinstitute daran erinnern will, »dass Öffentlichkeit auch eine reifizierende methodologische Annahme der Sozialwissenschaften selbst darstellt.« Mit dem Wort »auch« im zitierten Satz signalisiert er zwar Unterschiede, die eine Interpretation, wie ich sie oben institutionensozio-

logisch über Pfadabhängigkeiten zu begründen suchte, zulassen, aber der Satz stellt doch eine Analogie zur ›öffentlichen Meinung‹ der Meinungsforschungsinstitute her, die eine wichtige Differenz verwischt. Sein Vorgehen würde es prinzipiell gestatten etwa den Begriff ›Gesellschaft‹ »auch« als eine reifizierende methodologische Annahme der Sozialwissenschaften zu betrachten. ›Gesellschaft‹ und ›Öffentlichkeit‹ zählen jedoch zu Alltags- wie zu wissenschaftlichen Heuristiken und haben eine lange und reflektierte Begriffsgeschichte. Die ›öffentliche Meinung‹ der Meinungsforschungsinstitute hingegen ist eine Kreation der Meinungsforschungsindustrie gegen die alltagsheuristische Bedeutung einer ›gefühlten‹ öffentlichen Meinung. Dass die Publizistikwissenschaft an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig ist, ändert daran nichts (Noelle-Neumann 1980).

Wenn man dies verwischt und dadurch die Giddensche Rede von der Versozialwissenschaftlichung der Moderne überzieht (Giddens 1996), dann schließt man die Sozialwissenschaften mitsamt ihren Forschungsgegenständen in ein Spiegelkabinett ein, aus dem nichts mehr hinausführt. Selbstreflexion gehört seit dem Werturteilsstreit (Weber 1988b), dem Positivismusstreit und erneut seit »Erkenntnis und Interesse« (Habermas 1972) zu unserem Geschäft, das Selbsteinschließen nicht. Allein schon deshalb nicht, weil wir wissen, dass die Demokratie die Bedingung der Existenz der Sozialwissenschaften selbst ist. Hier ist die Sozialwissenschaft interessengebunden. Auch das zählt zur sozialwissenschaftlichen Selbstreflexion.

Conclusio

Ich habe durch meine Rezensenten viel gelernt, da wo sie Recht haben, auch da wo sie falsch liegen und da wo ich Neues erfahren habe. Kritik und die Auseinandersetzung darüber führt weiter. Etwas anderes haben wir nicht. Ich bin dankbar für diese Gelegenheit. Allerdings konnte ich mich beim Schreiben des Eindrucks der Vernachlässigung der Makroebene und der daran geknüpften Grundfragen nicht erwehren. Beides zwingt uns auch dazu, den Sinn der Öffentlichkeit (Peters 2007) zu reflektieren. Von der ausgezeichneten Kennerin der Öffentlichkeitstheorie gerade bei den Klassikern, Stephanie Averbek-Lietz, erhalte ich keine Auseinandersetzung zu eben dieser Theorie, dafür aber Hinweise aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht hinsichtlich der Vernachlässigung der Mikro- und Mesoebene und von Annahmen der Rezeptionsforschung. Von Friedrich Krotz, dem Gipfelstürmer der Netzmedien, und von Christoph Neuberger, dem ausgewiesenen Journalismusforscher auch bezüglich der Effekte der Netzmedien auf den Journalismus, erhalte ich keine Hinweise, wie ich diese Netzmedien adäquat in eine Öffentlichkeitstheorie einbauen soll (dafür aber von letzterem eine gründliche Auseinandersetzung mit dem neuen Strukturwandel). Von Jasper W. Korte, einem Forscher erkannter und unerkannter Selbstreferenzialitäten der Sozialwissenschaften, erhalte ich keine Kritik zu meinen Ausführungen über den Wandel der Funktion von wissenschaftlichem Orientierungswissen in der reflexiven Moderne, dafür aber Erkenntnisse zur reifizierenden Praxis der angewandten Meinungsforschung. Einzig von Tilmann Sutter, dem ver-

sierten Systemtheoretiker, erhielt ich eine Auseinandersetzung über Regulationsfragen in der modernen Gesellschaft auf der Makroebene.

Kommunikationswissenschaft und die Medien- bzw. Öffentlichkeitssoziologie haben ›an sich‹ den Königsweg für eine grundlegende Auseinandersetzungen mit dieser Gesellschaft am Maßstab ihrer selbst unter den Füßen, sie können sich beim Vorwärtsschreiten zudem noch auf die Schultern von Riesen stellen und sie können am Wegrand von den Früchten der Theorieentwicklung pflücken. Sie können ›an sich‹ empirisch die ergiebigsten Zeitreihen zur Interdependenz von öffentlicher Kommunikation und politischer Regulierung ebenso wie zur Interdependenz von öffentlicher Kommunikation, dem Strukturwandel der Öffentlichkeit und politischer Regulierung machen. Sie könnten Interdependenzdynamiken zwischen Themenöffentlichkeiten in den Social Media und in Medienarenen analysieren. Sie können ›an sich‹ unser Wissen über Konflikt-dynamiken durch die vergleichende Analyse fast beliebig vieler kontextualisierbarer politischer Konflikte bereichern und sie könnten auf dieser Basis viel Orientierungswissen hinsichtlich der Logiken aktueller Regulierungsprozesse mitsamt Einsichten zu den veränderten Opportunitätsspielräumen politischer Akteure produzieren. Gerade dadurch könnten sie sich jetzt, in der Krise der Öffentlichkeit selbst, Gehör verschaffen. Kurz: Ohne Makrobezüge verlieren wir uns im Mikro und Meso, produzieren viel, aber wir büßen mit den Grundfragen auch den roten Faden, die orientierungsstiftende Kraft und den Sinn der Sozialwissenschaften in immer kleiner gehackten Binnenarenen ein. Freilich, das stimmt auch, ohne Mikro und Meso hängt die Makroperspektive in der Luft. Aber die richtige Balance sollten wir schon im Auge haben.

Literatur

- Albertazzi, Daniele (2008): »Switzerland: Yet Another Populist Paradise«. In: Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (Hg.): *Twenty-First Century Populism. The Spectre of Western European Democracy*. Basingstoke: Palgrave, S. 100-118.
- Andrejevic, Mark (2011): »Facebook als neue Produktionsweise«. In: Leistert, Oliver/Röhle, Theo (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 31-50.
- Arendt, Hannah (1986 [1955]): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München: Piper.
- Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/Niesyto, Johanna/März, Anne (2010): *Unternehmenskritische Kampagnen im Zeichen digitaler Kommunikation*. Wiesbaden: VS.
- Boudon, Raymond (1980): *Die Logik des gesellschaftlichen Handelns. Eine Einführung in die soziologische Denk- und Arbeitsweise*. Neuwied/Darmstadt: Luchterhand.
- Coté, Mark/Pybus, Jennifer (2011): »Social Networks: Erziehung zur immateriellen Arbeit 2.0«. In: Leistert, Oliver/Röhle, Theo (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 51-74.
- Dahrendorf, Ralf (1969): *Aktive und passive Öffentlichkeit. Das Publikum*, Bd. 8. München: Piper.
- Durkheim, Émile (1990 [1897]): *Der Selbstmord*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 3. Aufl.
- Eisenegger, Mark/Oetiker, Sibylle/Schranz, Mario (2011): *Problematisierung des Fremden in der direkten Demokratie* (PDF). Studien Qualität der Medien 2/2011 hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.

- Eisenegger, Mark/Ettinger, Patrik (2012): *Kriminalitätsberichterstattung in der Schweizer Presse* (eBook). Studien Qualität der Medien 3/2012 hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.
- Ettinger, Patrik (2010): *Qualität der Medienberichterstattung zur Minarettinitiative* (eBook). Studien Qualität der Medien 1/2010 hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH (2011): *Qualität der Medien – Schweiz Suisse Svizzera. Jahrbuch 2011*. Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH (2012): *Qualität der Medien – Schweiz Suisse Svizzera. Jahrbuch 2012*. Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH (2013): *Qualität der Medien – Schweiz Suisse Svizzera. Jahrbuch 2013*. Basel: Schwabe.
- fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH (2014): *Qualität der Medien – Schweiz Suisse Svizzera. Jahrbuch 2014*. Basel: Schwabe.
- Gebhardt, Winfried (2010): »We are different!« Zur Soziologie jugendlicher Vergemeinschaftung«. In: Honer, Anne/Meuser, Michael/Pfadenhauer, Michaela/ Hitzler, Ronald (Hg.): *Fragile Sozialität: Inszenierungen, Sinnwelten, Existenzbastler*. Wiesbaden: VS, S. 327-339.
- Gerhards, Jürgen (1994): »Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsvorschlag«. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 77-105.
- Gerhards, Jürgen/Schäfer, S. Mike (2007): »Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung«. In: *Publizistik* 52(2), S. 210-228.
- Gerlitz, Caroline (2011): »Die Like Economy. Digitaler Raum, Daten und Wertschöpfung«. In: Leister, Oliver/Röhle, Theo (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 101-122.
- Giddens, Anthony (1996): *Konsequenzen der Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gil De Zúñiga, Homero/Puig-I-Abril, Eulàlia/Rojas, Hernando (2009): »Weblogs, traditional sources online and political participation: an assessment of how the internet is changing the political environment«. In: *New media & society* 11(4), S. 553-574.
- Habermas, Jürgen (1972): *Erkenntnis und Interesse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1984): *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hirschmann, Albert O. (1994): »Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?«. In: *Leviathan* 22(2), S. 293-304.
- Hondrich, Karl Otto (2002): *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Imhof, Kurt (2002): »Medienskandale als Indikatoren sozialen Wandels. Skandalisierungen in den Printmedien im 20. Jahrhundert«. In: Hahn, Kornelia (Hg.): *Öffentlichkeit und Offenbarung. Eine interdisziplinäre Mediendiskussion*. Konstanz: UVK, S. 73-98.
- Imhof, Kurt (2003): »Politik im ,neuen‘ Strukturwandel der Öffentlichkeit«. In: Nassehi, Armin/Schroer, Markus (Hg.): *Der Begriff des Politischen*. Sonderband 14 der Zeitschrift ,Soziale Welt«. München: Nomos, S. 401-418.
- Imhof, Kurt (2006a): »Entzauberung«. In: Honneth, Axel/Joas, Hans/Offe, Claus/Wagner, Peter, (Hg.): *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*. Reihe Theorie und Gesellschaft, Bd. 36 vollständig überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt/M.: Campus, S. 15-108.
- Imhof, Kurt (2006b): »Transformation«. In: Honneth, Axel/Joas, Hans/Offe, Claus/Wagner, Peter (Hg.): *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*. Reihe Theorie und Gesellschaft, Bd. 36 (vollständig überarbeitete Neuausgabe). Frankfurt/M.: Campus. S. 109-184.

- Imhof, Kurt (2009): »Personalisierte Ökonomie«. In: Eisenegger, Mark/Wehmeier, Stefan (Hg.): *Personalisierung der Organisationskommunikation*. Wiesbaden: VS, S. 29-50.
- Imhof, Kurt (2010): »Kollektive Aufmerksamkeitslandschaften: Ursprünge und Folgerungen eines Forschungszugangs«. In: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 60(1), S. 97-120.
- Imhof, Kurt (2013): »Reputationskrisen«. In: Thießen, Ansgar (Hg.) *Handbuch Krisenmanagement*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 69-92.
- Imhof, Kurt (2014a): »Demokratisierung durch Social Media?«. In: Imhof, Kurt/Blum, Roger/Bonfadelli, Heinz /Jarren, Otfried (Hg.): *Demokratisierung durch Social Media?* Reihe Mediensymposium Bd. 13. Wiesbaden: Springer VS, im Druck.
- Imhof, Kurt (2014b): »Anschwellende Einfalt«. In: *Schweizer Monat*, Ausgabe 1013, Februar 2014, S. 24-26.
- Imhof, Kurt/Kamber, Esther (2001): »Politik und Gesellschaft im Strukturwandel der Öffentlichkeit. Zur Veränderung der Konstitutionslogiken der öffentlichen Kommunikation«. In: Allmendinger, Jutta (Hg.): *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000*. Opladen: Leske + Budrich, S. 425-453.
- Jarren, Otfried (2001): »Mediengesellschaft – Risiken für die politische Kommunikation«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 41-42, S. 10-19.
- Jarren, Otfried (2013): Ordnung durch Medien? Rede am Dies Academicus 2013, Universität Zürich. <http://www.uzh.ch/about/portrait/dies/2013/reden.html> (zuletzt aufgerufen am 12.08.2014).
- Kant, Immanuel (1912 [1784]): »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?«. In: Cassirer, Ernst (Hg.): *Kants Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Berlin: B. Cassirer.
- Kepplinger, Hans Mathias (1996): »Skandale und Politikverdrossenheit – ein Langzeitvergleich«. In: Otfried, Jarren/Schatz, Heribert/Wessler, Hartmut, (Hg.): *Medien und politischer Prozess. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 41-58.
- Koopmans, Ruud/Muis, Jasper (2009): »The Rise of Right-Wing Populist Pim Fortuyn in the Netherlands. A Discursive Opportunity Approach«. In: *European Journal of Political Research* 48(5), S. 642-664.
- Krotz, Friedrich (2014): »Die Institutionalisierung des Internets und warum und wie wir uns dagegen wehren sollten«. In: *MERZ* 2014/1, S. 12-20.
- Langlois, Ganaele/Elmer, Greg/McKelvey, Fenwick (2011): »Vernetzte Öffentlichkeiten. Die doppelte Artikulation von Code und Politik in Facebook«. In: Leistert, Oliver/Röhle, Theo (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 253-278.
- Leistert, Oliver/Röhle, Theo (2011): »Identifizieren, Verbinden, Verkaufen«. In: Dies. (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 7-30.
- Lobo, Sacha (2012): »S.P.O.N. – Die Mensch-Maschine: Euer Internet ist nur geborgt«. Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/sascha-lobos-kolumne-zum-niedergang-der-blogs-in-deutschland-a-827995.html> (zuletzt aufgerufen am 12.08.2014).
- Lucht, Jens/Udris, Linards (2013): *Kommerzialisierung von Medienstrukturen im internationalen Vergleich* (eBook). Studien Qualität der Medien 1/2013 hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.
- Luhmann, Niklas (1989): »Ethik als Reflexionstheorie der Moral«. In: Ders.: *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Band 3. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 358-447.
- Luhmann, Niklas (1994): *Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Marcinkowski, Frank (2002): »Massenmedien und die Integration der Gesellschaft aus Sicht der autopoietischen Systemtheorie: Steigern die Medien das Reflexionspotential sozialer Systeme?«. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hg.): *Integration und Medien, Reihe: Mediensymposium Luzern*, Bd. 7. Wiesbaden: Springer VS, S. 110-121.
- Marx, Karl (1981[1852]): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. In: MEW, Bd. 8. Berlin: Dietz.

- Mazzoleni, Gianpietro (2008): »Populism and the Media«. In: Albertazzi, Daniele/McDonnell, Duncan (Hg.): *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 49-64.
- Merton, K. Robert (1949): *Social Theory and Social Structure. Toward the codification of theory and research*. Glencoe IL: Free Press.
- Münch, Richard (1995): *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Neuberger, Christoph (2009): »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs«. In: Neuberger, Christoph/Nuernbergk, Christian/Rischke, Melanie (Hg.): *Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: VS, S. 19-105.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München,/Zürich: Langen Müller.
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard (2002): »Öffentlichkeit als Testfall für Gesellschaftstheorien«. In: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hg.): *Integration und Medien, Reihe: Mediensymposium Luzern*, Bd. 7, Wiesbaden: VS, S. 23-35.
- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Plasser, Fritz/Ulram, Peter A. (2003): »Striking a responsive chord: mass media and right-wing populism in Austria«. In: Mazzoleni, Gianpietro/Stewart, Julianne/Horsfield, Bruce (Hg.): *The media and neo-populism: a comparative analysis*. Westport, CT: Praeger, S. 21-44.
- Prisching, Manfred (1986): *Krisen. Eine soziologische Untersuchung*. Wien: Böhlau.
- Rucht, Dieter (2003): »Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung«. In: *Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 4(3), S. 4-11.
- Rucht, Dieter/Yang, Mundo/Zimmermann, Ann (2008): *Politische Diskurse im Internet und in Zeitungen. Das Beispiel Genfood*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sassen, Saskia (2011): »Das minimalistische Facebook. Netzwerkfähigkeit in grösseren Ökologien«. In: Leistert, Oliver/Röhle, Theo (Hg.): *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net*. Bielefeld: transcript, S. 249-251.
- Skenderovic, Damir (2007): »Immigration and the Radical Right in Switzerland: Ideology, Discourses and Oppor-tunities«. In: *Patterns of Prejudice* 41(2), S. 155-176.
- Scharf, Wilfried (1997): »Neo-Bonapartismus in der politischen Meinungsbildung«. In: Schatz, Heribert (Hg.): *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft?: Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 98-123.
- Schmidt, Johannes, F.K. (2000): »Die Differenzierung persönlicher Beziehungen. Das Verhältnis von Liebe, Freundschaft und Partnerschaft«. In: Kornelia, Hahn/Burkart, Günter, (Hg.): *Grenzen und Grenzüberschreitungen der Liebe*. Opladen: Leske + Budrich, S. 73-100.
- Schranz, Mario/Eisenegger, Mark (2011): »The Media Construction of the Financial-Market Crisis in a Comparative Perspective – An Analysis of Newspapers in UK, USA and Switzerland between 2007 and 2009«. In: *Swiss Journal of Sociology* 37(2), S. 241-258.
- Schütz, Alfred/Luckmann Thomas (1984): *Strukturen der Lebenswelt*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Siegenthaler, Hansjörg (1993): *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens*, Tübingen: Mohr.
- Tenbruck, Friedrich, H. (1990): »Freundschaft. Ein Beitrag zu einer Soziologie persönlicher Beziehungen«. In: Ders.: *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall der Moderne*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 227-250.
- Thimm, Caja/Berlinecke, Sandra (2007): »Mehr Öffentlichkeit für unterdrückte Themen? Chancen und Grenzen von Weblogs«. In: Pöttker, Horst/Schulzki-Haddouti, Christiane (Hg.): *Vergessen? Verschwiegen? Verdrängt? 10 Jahre »Initiative Nachrichtenaufklärung«*. Wiesbaden: VS, S. 81-101.
- Tréfás, David/Lucht, Jens (2010): *Europe on Trial. Shortcomings of the EU with regard to democracy, public sphere, and identity*. Innsbruck: Studienverlag.

- Udris, Linards (2011): *Politischer Extremismus und Radikalismus. Problematisierung und diskursive Gelegenheitsstrukturen in der öffentlichen Kommunikation der Deutschschweiz*. Wiesbaden: VS.
- Udris, Linards/Imhof, Kurt/Ettinger, Patrik (2011): »Problematisierung des Fremden in der direkten Demokratie«. In: fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft/Universität Zürich (Hg.): *Jahrbuch 2011 Qualität der Medien, Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe Verlag, S. 377- 407.
- Udris, Linard (2012): »Schweizer Medien im Wahlkampf (eBook). Qualität der Medienberichterstattung vor den Eidgenössischen Wahlen«. Studien Qualität der Medien 1/2012, hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.
- Vatter, Adrian (Hg.) (2011): *Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung
- Weber, Max (1973a [1905]): »Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist«. In: Winckelmann, Johannes (Hg.): *Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner, (zitiert als Weber, Max, Protestantismus), S. 357-381.
- Weber, Max (1973b [1922]): »Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft«. In: Winckelmann, Johannes (Hg.): *Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner, S. 151-166.
- Weber, Max (1985 [1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1988a [1922]): »Politik als Beruf«. In: Winckelmann, Johannes (Hg.): *Gesammelte politische Schriften*. Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1988b): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr.
- Wyss, Vincent/Schanne, Michael/Stoffel, Annina (2012): *Medienkritik in der Schweiz – eine Bestandsaufnahme* (eBook), Studien Qualität der Medien 4/2012, hg. vom fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft/UZH. Basel: Schwabe.
- Zimmermann, Ann (2006): *Demokratisierung und Europäisierung online? Massenmediale politische Öffentlichkeiten im Internet*. Berlin: Freie Universität Berlin. http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000003532 (zuletzt aufgerufen am 18.03.2014).

Anschrift:

Prof. Dr. Kurt Imhof
 Universität Zürich
 Soziologisches Institut
 fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft
 Andreasstrasse 15
 CH-8050 Zürich
 kurt.imhof@foeg.uzh.ch